

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

**ifo Konjunkturprognose für
Ostdeutschland und Sachsen
Sommer 2020: Ostdeutsche
Wirtschaft in der Rezession**

*Niels Gillmann, Valentin Hassler,
Jannik A. Nauwerth und Joachim Ragnitz*

**Widerspruch oder Zustimmung?
Wodurch mehr Menschen zu
Organspendern werden**

Selina Schulze Spüntrup

**Strukturelle Anpassungs-
erfordernisse im sächsischen
Landeshaushalt? Nur durch
personelle Einsparungen lässt
sich ein Defizit verhindern**

David Bauer und Joachim Ragnitz

IM BLICKPUNKT

**Wohin es die Deutschen
im Sommer 2020 nach dem
Shutdown zieht**

Katharina Heisig

**Beschäftigungsabbau im
Freistaat Sachsen im Zug der
Coronakrise: Ballungszentren am
stärksten betroffen**

David Bauer und Stefanie Knoll

DATEN UND PROGNOSEN

**ifo Konjunkturumfragen
Ostdeutschland und Sachsen**

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Coronabetroffenheit der Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland

Niels Gillmann und Valentin Hassler



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

27. Jahrgang (2020)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:

<http://www.ifo-dresden.de>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Coronabetroffenheit der Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland 3

Niels Gillmann und Valentin Hassler

Die deutsche Wirtschaft wurde im April hart von dem coronabedingten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Shutdown getroffen. Dabei wirkte sich der Shutdown unterschiedlich auf die verschiedenen Wirtschaftszweige aus. Besonders betroffen waren das Verarbeitende Gewerbe, die Unternehmensdienstleister sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Im Zuge der Lockerungen zeigten sich im Juni deutliche Verbesserungen in den meisten Wirtschaftszweigen. Einzige Ausnahme sind das Verarbeitende Gewerbe sowie die eng damit verbundenen Unternehmensdienstleister. Hier hat die Coronabetroffenheit im Juni zu- oder zumindest kaum abgenommen. Weiterhin scheint die ostdeutsche Wirtschaft sowohl im April als auch im Juni weniger von Corona beeinträchtigt zu sein als die gesamtdeutsche Wirtschaft. Dies könnte unter anderem an der weniger vernetzten Wirtschaft in Ostdeutschland, aber auch an den niedrigeren Infektionszahlen liegen.

**ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2020:
Ostdeutsche Wirtschaft in der Rezession 6**

Niels Gillmann, Valentin Hassler, Jannik A. Nauerth und Joachim Ragnitz

Das ifo Institut erwartet für das laufende Jahr einen Einbruch der ostdeutschen Wirtschaftsleistung von 5,9%. In Sachsen dürfte sie aufgrund des größeren Industrieanteils mit minus 6,4% noch etwas stärker zurückgehen. Damit wird das Bruttoinlandsprodukt aber etwas weniger stark sinken als in Deutschland insgesamt (-6,7%). Im kommenden Jahr dürfte sich die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen mit Wachstumsraten von 5,8% bzw. 6,3% wieder deutlich erholen und zum Jahresende hin das Vorkrisenniveau wieder erreichen (Deutschland: 6,4%).

Widerspruch oder Zustimmung? Wodurch mehr Menschen zu Organspendern werden 11

Selina Schulze Spüntrup

Angesichts der langen Warteliste für eine Organtransplantation in Deutschland sind Maßnahmen zur Steigerung der Organspendenzahlen Teil der politischen und gesellschaftlichen Debatte. Ob bei einem Verstorbenen grundsätzlich von einer Zustimmung zur Organentnahme ausgegangen wird oder nicht, kann die Zahl der Organspender maßgeblich beeinflussen. In diesem Beitrag zeige ich, dass die Organspenderraten in den Ländern höher ausfallen, in denen die Zustimmung nicht explizit erteilt worden sein muss.

**Strukturelle Anpassungserfordernisse im sächsischen Landeshaushalt?
Nur durch personelle Einsparungen lässt sich ein Defizit verhindern 15**

David Bauer und Joachim Ragnitz

Der sächsische Haushalt dürfte künftig aufgrund der demographischen Entwicklung unter massiven Druck geraten. Eine Projektion der Einnahmen und Ausgaben für den Freistaat Sachsen zeigt, dass bis zum Jahr 2030 mit einem strukturellen Haushaltsdefizit von 1,0 Mrd. Euro zu rechnen ist. Mögliche Einsparpotenziale bestehen insbesondere bei den Personalausgaben. Derartige Einsparungen würden zwar die öffentliche Leistungsbereitstellung im Freistaat nicht grundlegend einschränken – sie bedürfen dennoch politischer Durchsetzungskraft.

IM BLICKPUNKT

Wohin es die Deutschen im Sommer 2020 nach dem Shutdown zieht	21
<i>Katharina Heisig</i>	

Eine Analyse mit Google Trends zeigt im Sommer 2020 durch die Coronakrise bedingte Verschiebungen in der Urlaubsplanung der Deutschen. Suchanfragen für Urlaubsreisen innerhalb Deutschlands haben sich auf das Vorkrisenniveau erholt oder zeigen sogar einen starken Anstieg, der in manchen Fällen das Doppelte des saisonal Üblichen erreicht. Fraglich ist jedoch, ob der Zuwachs an deutschen Urlaubern den Mangel an ausländischen Urlaubern in den deutschen Urlaubsregionen ausgleichen kann.

Beschäftigungsabbau im Freistaat Sachsen im Zuge der Coronakrise: Ballungszentren am stärksten betroffen	24
<i>David Bauer und Stefanie Knoll</i>	

Mit Beginn der Coronapandemie trat der im Freistaat Sachsen sonst zum Frühjahr zu erwartende Beschäftigungsaufbau nicht ein. Stattdessen wurden während der Coronakrise auf der einen Seite deutlich mehr Beschäftigte arbeitslos. Auf der anderen Seite nahmen merklich weniger Arbeitslose eine Beschäftigung auf. Alle sächsischen Kreise und kreisfreien Städte sind hiervon betroffen – mit einem Schwerpunkt in den Ballungszentren.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen	28
<i>Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth</i>	

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen	31
ifo Veröffentlichungen	31
ifo Vorträge	32
ifo in den Medien	32

Niels Gillmann und Valentin Hassler

Coronabetroffenheit der Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland

Die deutsche Wirtschaft wurde im April hart von dem coronabedingten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Shutdown getroffen. Dabei wirkte sich der Shutdown unterschiedlich auf die verschiedenen Wirtschaftszweige aus. Besonders betroffen waren das Verarbeitende Gewerbe, die Unternehmensdienstleister sowie Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe. Im Zuge der Lockerungen zeigten sich im Juni deutliche Verbesserungen in den meisten Wirtschaftszweigen. Einzige Ausnahme sind das Verarbeitende Gewerbe sowie die eng damit verbundenen Unternehmensdienstleister. Hier hat die Coronabetroffenheit im Juni zu- oder zumindest kaum abgenommen. Weiterhin scheint die ostdeutsche Wirtschaft sowohl im April als auch im Juni weniger von Corona beeinträchtigt zu sein als die gesamtdeutsche Wirtschaft. Dies könnte unter anderem an der weniger vernetzten Wirtschaft in Ostdeutschland, aber auch an den niedrigeren Infektionszahlen liegen.

Die Coronakrise hat Deutschlands Wirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt. Die aktuellen Konjunkturprognosen des ifo Instituts gehen von einem starken Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen aus (Gillmann et al. 2020, Wollmershäuser et. al 2020). Dieser ist vor allem auf das Verarbeitende Gewerbe, das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleister zurückzuführen. Tatsächlich gibt es aber deutlich unterschiedliche Entwicklungen in den Wirtschaftszweigen zwischen den einzelnen Monaten sowie zwischen Gesamt- und Ostdeutschland: Während des flächendeckenden Shutdowns im April litten die meisten Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland gleichermaßen an den Einschränkungen. Im Zuge der Lockerungen lassen sich im Juni hingegen größere Unterschiede feststellen. Die unterschiedliche Betroffenheit der Wirtschaftszweige in den Monaten April und Juni in Gesamt- und Ostdeutschland werden in diesem Artikel gegenübergestellt.

IM APRIL LÄHMT DAS CORONAVIRUS DIE WIRTSCHAFT

Das ifo Institut führt monatliche Konjunkturumfragen der Unternehmen in ganz Deutschland durch. Seit April wird im

Rahmen dieser Umfragen die Coronabetroffenheit der Umfrageteilnehmer*innen ermittelt. Dabei werden die Antworten auf einer Skala von +3 (stark positiv) bis -3 (stark negativ) klassifiziert. Tabelle 1 zeigt die Umfrageergebnisse für die verschiedenen Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland im April.

Im April gibt es deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. Das Baugewerbe sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen sind in Gesamt- und Ostdeutschland von allen Wirtschaftszweigen am wenigsten negativ von der Pandemie beeinträchtigt. Das Verarbeitende Gewerbe, der Sektor Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe und die Unternehmensdienstleister sind hingegen mit Abstand am stärksten betroffen. Der Wirtschaftszweig Information und Kommunikation liegt eher im unteren Mittelfeld.

Die deutlichsten Unterschiede zwischen Gesamt- und Ostdeutschland treten zum einen im Verarbeitenden Gewerbe (-1,60 vs. -1,40) und zum anderen im Sektor Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe (-1,62 vs. -1,30) auf. Dies

* Niels Gillmann ist Doktorand und Valentin Hassler war zum Zeitpunkt der Erstellung des Beitrages Praktikant an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1
Coronabetroffenheit aller Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland im April 2020

Wirtschaftszweig	Deutschland	Ostdeutschland
Verarbeitendes Gewerbe	-1,60	-1,40
Baugewerbe	-0,90	-0,80
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	-1,62	-1,30
Information und Kommunikation	-1,11	-1,08
Grundstücks- und Wohnungswesen	-1,00	-0,90
Unternehmensdienstleister	-1,52	-1,58

Anmerkung: Coronabetroffenheit wird auf einer Skala von +3 bis -3 gemessen, wobei +3 eine stark positive und -3 eine stark negative Betroffenheit signalisiert.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, April 2020.

© ifo Institut

könnte unter anderem an der kleinteiligeren Industriestruktur und an einem geringeren Anteil an industrienahen Bereichen innerhalb des Sektors Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe in Ostdeutschland liegen.

IM JUNI BLEIBEN DIE FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE WEITERHIN ZU SPÜREN

Tabelle 2 zeigt die Coronabetroffenheit der einzelnen Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland im Juni, als der landesweite Shutdown aufgehoben war und die meisten Unternehmen wieder ihren Geschäften nachgehen konnten, wenn auch teilweise mit weiterhin strengen Auflagen.

Im Juni zeigt sich für Gesamt- und Ostdeutschland dasselbe Muster wie schon im April. Das Bauhauptgewerbe sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen spüren die Beeinträchtigungen mit Abstand am wenigsten. Am stärksten leiden weiterhin das Verarbeitende Gewerbe, der Sektor Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe und die Unternehmensdienstleister. Allerdings ist das Verarbeitende Gewerbe jetzt deutlich am stärksten betroffen, nachdem sich die Situation hier weiter verschlechterte, im Sektor Handel, Verkehr, Gastgewerbe und bei den Unternehmensdienstleistern verbesserte. Der Bereich Information und Kommunikation bewegt sich weiterhin im Mittelfeld.

Vergleicht man die Entwicklung der Betroffenheit der Wirtschaftszweige Gesamtdeutschlands mit der im Osten, so hat sich diese von April auf Juni in manchen Bereichen sehr unterschiedlich entwickelt. Während sich der Sektor Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe in Gesamtdeutschland schneller erholte und sich damit an die ostdeutsche Betroffenheit angeglichen hat, besteht der Unterschied im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin in der gleichen Größenordnung

wie im April. War die Beeinträchtigung der Unternehmensdienstleister im April in Gesamt- und Ostdeutschland noch gleich, ist diese im Juni in Gesamtdeutschland höher als im Osten (-1,43 vs. -1,20). Ähnliches zeigt sich im Grundstücks- und Wohnungswesen: Litt dieser Bereich in Gesamt- und Ostdeutschland im April noch relativ gleich stark, so leidet im Juni Gesamtdeutschland wesentlich stärker als der Osten (-0,80 vs. 0,40).

DIE WIRTSCHAFT IST FAST IN ALLEN BEREICHEN AUF DEM WEG DER BESSERUNG

Tabelle 3 zeigt die Differenz zwischen den Monaten April und Juni für Deutschland und Ostdeutschland. Während im April fast alle Wirtschaftsbereiche vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Shutdown erfasst waren, gab es im Juni kaum noch Einschränkungen in der Wirtschaft.

Im Zuge der Lockerungen der coronabedingten Schutzmaßnahmen nahm in Gesamtdeutschland auch die Betroffenheit der meisten Wirtschaftszweige ab. Die meisten Wirtschaftszweige geben eine geringere Einschränkung ihres Geschäftsbetriebes an. Ausnahmen sind die Unternehmensdienstleister, die im Juni ähnliche Werte verzeichneten wie noch im April, und das Verarbeitende Gewerbe, wo sich die Beeinträchtigung sogar noch verstärkte. Die größte Verbesserung zeigte sich im Juni im Sektor Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe mit einer Erholung von 0,35. Auch die Bereiche Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen und Baugewerbe verzeichneten deutliche Verbesserungen mit Werten zwischen 0,20 und 0,29.

In Ostdeutschland entwickelten sich einige Wirtschaftszweige wie in Gesamtdeutschland, andere wiesen hingegen deutliche Unterschiede in ihrer Entwicklung auf. Der Sektor

Tab. 2
Coronabetroffenheit aller Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland im Juni 2020

Wirtschaftszweig	Deutschland	Ostdeutschland
Verarbeitendes Gewerbe	-1,80	-1,60
Baugewerbe	-0,70	-0,60
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-1,27	-1,25
Information und Kommunikation	-0,82	-0,70
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,80	-0,40
Unternehmensdienstleister	-1,43	-1,20

Anmerkung: Coronabetroffenheit wird auf einer Skala von +3 bis -3 gemessen, wobei +3 eine stark positive und -3 eine stark negative Betroffenheit signalisiert.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2020.

© ifo Institut

Tab. 3
Veränderung der Coronabetroffenheit aller Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland im zwischen April und Juni 2020

Wirtschaftszweig	Deutschland	Ostdeutschland
Verarbeitendes Gewerbe	-0,20	-0,20
Baugewerbe	0,20	0,20
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,35	0,05
Information und Kommunikation	0,29	0,38
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,20	0,50
Unternehmensdienstleister	0,09	0,38

Anmerkung: Die Differenz wurde durch die Subtraktion der Betroffenheitswerte im Juni von den Aprilwerten berechnet.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, April und Juni 2020.

© ifo Institut

Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, welcher besonders stark vom Shutdown betroffen war, verbesserte sich im Vergleich von April auf Juni im Osten nur um 0,05. Die Unternehmensdienstleister, welche traditionell stark von der Industrie abhängig sind, erholten sich hingegen um 0,38, obwohl das Verarbeitende Gewerbe auch in Ostdeutschland um 0,2 stärker betroffen ist. Die kräftigste Erholung verzeichnete der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, obwohl dieser auch schon im April kaum von den Einschränkungen betroffen war. Das Baugewerbe und der Bereich Information und Kommunikation verhielten sich wie in Deutschland insgesamt und verzeichneten mit einer Differenz von 0,2 und 0,38 deutliche Verbesserungen.

FAZIT

Insgesamt hat sich die Lage der Wirtschaft von April bis Juni in den meisten Wirtschaftszweigen deutlich verbessert. Dabei scheint die Erholung in Ostdeutschland durchschnittlich etwas schneller voranzuschreiten als in Gesamtdeutschland. Einzig das Verarbeitende Gewerbe sowie die eng mit der Industrie verknüpften Unternehmensdienstleister scheinen sich noch kaum erholt zu haben. Dies dürfte daran liegen, dass die Industrie sowohl in der Produktion als auch im Verkauf auf den funktionierenden internationalen Warenhandel

angewiesen ist. Dieser ist aufgrund zahlreicher Grenzschließungen allerdings weiterhin stark beeinträchtigt. Außerdem ist zu erwähnen, dass einige Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland grundsätzlich weniger von der Coronapandemie betroffen waren als in Gesamtdeutschland. Dies könnte unter anderem an dem niedrigeren Wert an Coronainfektionen in Ostdeutschland liegen (Brautzsch et al. 2020). Auch dürfte hier die kleinteiligere Wirtschaftsstruktur zu einem gewissen Vorteil gegenüber Gesamtdeutschland geführt haben. Dadurch ist die ostdeutsche Wirtschaft weniger abhängig von internationalen Lieferketten und hat ihre meisten Kunden in der Region.

REFERENZEN

Brautzsch, H.-U., Claudio, J. C., Drygalla, A., Exß, F., Heinisch, K., Holtemöller, O., Kämpfe, M., Lindner, A., Müller, I., Schultz, B., Staffa, R., Wieschemeyer, M. und G. Zeddis (2020), *Wirtschaft stellt sich auf Leben mit dem Virus ein*, IWH, *Konjunktur aktuell*, 8 (2), Halle (Saale).

Gillmann, N., Nauerth, J. A. und J. Ragnitz (2020), *ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2020: Ostdeutsche Wirtschaft in der Corona-Rezession*, ifo Dresden berichtet 27(5), S. 6-10.

Wollmershäuser, T., Götttert, M., Grimme, C., Krolage, C., Lautenbacher, S., Lehmann, R., Link, S., Rathje, A.-C., Reif, M., Sanqvist, A. P., Sauer, S., Stöckli, M. und A. Wölfl (2020), *ifo Konjunkturprognose Sommer 2020: Deutsche Wirtschaft -es geht wieder aufwärts*, ifo Schnelldienst 73 Sonderausgabe, 2020, S. 3-58.

Niels Gillmann, Valentin Hassler, Jannik A. Nauwerth und Joachim Ragnitz*

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2020: Ostdeutsche Wirtschaft in der Rezession

Das ifo Institut erwartet für das laufende Jahr einen Einbruch der ostdeutschen Wirtschaftsleistung von 5,9%. In Sachsen dürfte sie aufgrund des größeren Industrieanteils mit -6,4% noch etwas stärker zurückgehen. Damit wird das Bruttoinlandsprodukt aber etwas weniger stark sinken als in Deutschland insgesamt (-6,7%). Im kommenden Jahr dürfte sich die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen mit Wachstumsraten von 5,8% bzw. 6,3% wieder deutlich erholen und zum Jahresende hin das Vorkrisenniveau wieder erreichen (Deutschland: 6,4%).

EINLEITUNG

Die Coronapandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung haben die deutsche Wirtschaft in die mit Abstand tiefste Rezession ihrer Nachkriegsgeschichte gestürzt. Während der Coronakrise kam es zu Produktionsstopps und Ladenschließungen, viele Arbeitnehmer mussten in Kurzarbeit geschickt werden, mit entsprechenden Einkommenseinbußen. Zur Jahresmitte läuft die gesamtwirtschaftliche Produktion im Gleichklang mit den Lockerungen der Shutdown-Maßnahmen wieder an; die nachfrageseitige Dämpfung der Dynamik dürfte jedoch noch eine Weile andauern. International könnte die Erholung etwas länger dauern, da einige Länder weiterhin hohe Infektionszahlen aufweisen.

In Ostdeutschland schlugen die Shutdown-Maßnahmen nicht ganz so stark auf die wirtschaftliche Entwicklung durch, da die stark betroffene Industrie hier einen geringeren Wertschöpfungsanteil hat (vgl. Tab. 1).

Das ifo Institut rechnet damit, dass die Wirtschaft in Ostdeutschland im Durchschnitt des Jahres 2020 um 5,9% schrumpfen wird; im Jahr 2021 ist dann ein Wachstum um 5,8% zu erwarten. Damit dürfte das Vorkrisenniveau beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegen Ende des nächsten Jahres

wieder erreicht werden. Die sächsische Wirtschaft dürfte im Jahr 2020 um 6,4% schrumpfen und im Folgejahr dann um 6,3% expandieren.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in Ostdeutschland und Sachsen in diesem Jahr jeweils um 1,0% abnehmen und auch im kommenden Jahr nur um 0,3% zunehmen. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit dürfte dieses Jahr durch die zahlreich genutzte Kurzarbeit abgefedert werden. Im kommenden Jahr ist wieder mit einer leichten Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen zu rechnen. Der Anstieg dürfte relativ schwach ausfallen, da Unternehmensinsolvenzen die Entwicklung der Erwerbstätigkeit dämpfen.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM ÜBERBLICK

Die Coronapandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung haben die deutsche Wirtschaft in die mit Abstand tiefste

* Niels Gillmann und Jannik A. Nauwerth sind Doktoranden, Valentin Hassler war zum Zeitpunkt der Erstellung der Prognose Praktikant und Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1
Eckdaten der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Ostdeutschland		Sachsen	
	2020	2021	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	-5,9	5,8	-6,4	6,3
Bruttowertschöpfung (preisbereinigt)				
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-12,5	12,1	-13,0	12,6
Baugewerbe	-0,5	1,5	0,0	1,4
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe; Information und Kommunikation	-8,4	6,8	-8,8	6,9
Finanz- Versicherungs-, Untern.-DL; Grundstücks- und Wohnungswesen	-3,5	3,6	-3,5	3,7
Öffentliche und sonstige Dienstleister; Erziehung und Gesundheit	-1,7	4,3	-1,6	4,0
Erwerbstätige	-1,0	0,3	-1,0	0,3

Quelle: ifo Institut, Prognose vom Juli 2020.

© ifo Institut

Rezession der Nachkriegsgeschichte gestürzt. Das BIP dürfte nach einem Rückgang im ersten Vierteljahr 2020 in Höhe von 2,2% im zweiten Vierteljahr noch einmal um schätzungsweise 11,9% geschrumpft sein. In Folge der deutlich sinkenden Neuinfektionszahlen wurden die Shutdown-Maßnahmen mittlerweile gelockert und für manche Wirtschaftsbereiche ganz aufgehoben. Damit gilt als sicher, dass die konjunkturelle Talfahrt gestoppt wurde und die Erholung der wirtschaftlichen Aktivität einsetzte. Bedingt durch die niedrige Produktion an Waren und Dienstleistungen während des Shutdowns fallen die saisonbereinigten Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal mit 6,9% und 3,8% im dritten und vierten Quartal kräftig aus. Dennoch wird die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt dieses Jahres voraussichtlich um 6,7% niedriger sein als im Jahr 2019. Im kommenden Jahr setzt sich die Erholung fort. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP um 6,4% wachsen. Die vorliegende Prognose basiert auf einer Reihe von Annahmen über den weiteren Verlauf der Pandemie sowie über das Tempo und die Dauer der konjunkturellen Erholung in Deutschland. Die Unsicherheit der aktuellen Prognose ist daher höher als unter normalen Umständen.

Einerseits könnte sich die wirtschaftliche Aktivität schneller normalisieren, selbst wenn sich die Annahmen über den Verlauf der Pandemie als richtig herausstellen sollten. Aus Mangel an Erfahrung mit Erholungsphasen nach staatlich verordneten Produktionsstilllegungen und Kontaktsperrern besteht hierüber hohe Unsicherheit. Dies zeigt sich unter anderem an der hohen Spannweite der Angaben der vom ifo Institut befragten Unternehmen über die erwartete Geschwindigkeit, mit der sich ihre Geschäftstätigkeit voraussichtlich normalisieren dürfte. Während in der vorliegenden Prognose der wahrscheinlichste Fall mit acht Monaten unterstellt wurde, erwarten die Unternehmen im besten Fall eine

Normalisierung bereits in fünf Monaten und damit bis Ende dieses Jahres. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität könnte sich schneller erholen, da das Wiederhochfahren der Wirtschaft bspw. die Arbeitsnachfrage der Unternehmen rascher als unterstellt steigen lässt. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit würden schneller zurückgehen, die Einkommenssituation der Haushalte würde sich zügiger verbessern, und die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen würde eher ihr Vorkrisenniveau erreichen.

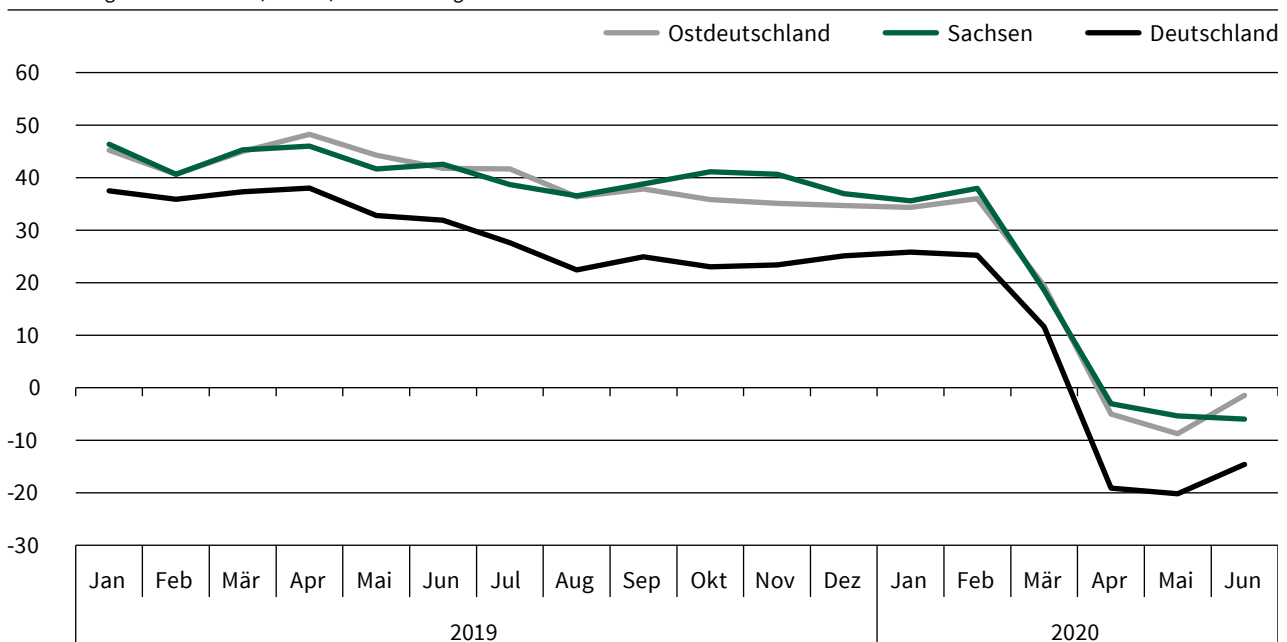
Abwärtsrisiken für die vorliegende Prognose entstehen, wenn sich die getroffenen Annahmen über den Verlauf der Epidemie in Deutschland als zu optimistisch herausstellen. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Krise länger anhält, etwa weil sich die Pandemie deutlich langsamer eindämmen lässt oder weil mit dem Wiederhochfahren der wirtschaftlichen Aktivität eine erneute Ansteckungswelle ausgelöst wird. Dies könnte eine großräumige Wiederaufnahme der Maßnahmen zur Infektionsbekämpfung erfordern, die die gesamtwirtschaftliche Produktion von Waren und Dienstleistungen erneut beeinträchtigen und eine zweite Rezession auslösen könnten. Die Erholung würde länger dauern als in der vorliegenden Prognose unterstellt. Im schlechtesten Fall gaben die vom ifo Institut befragten Unternehmen daher an, dass mit einer Normalisierung erst in 15 Monaten und damit in der zweiten Jahreshälfte 2021 zu rechnen sei.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN OST-DEUTSCHLAND UND SACHSEN

Überblick

Die Coronakrise versetzt auch der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland einen starken Dämpfer (vgl. Abb. 1).

Abb. 1
ifo Geschäftslage Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen
Gesamte regionale Wirtschaft, Salden, saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2020.

Wie in Deutschland insgesamt bricht die Wirtschaft im zweiten Quartal des Jahres 2020 ein. Dies wird deutlich anhand der ifo Konjunkturumfragen, einem von wenigen regional und zeitnah verfügbaren Konjunkturindikatoren. Mit Beginn des wirtschaftlichen Lockdowns im April gingen die Lageeinschätzungen und Geschäftserwartungen der Befragungsteilnehmer in Ostdeutschland und Sachsen in den Sturzflug.

Seit Juni zeigt das Geschäftsklima aber wieder nach oben, wobei die Aufwärtsentwicklung des Geschäftsklimas vor allem von optimistischeren Zukunftserwartungen der befragten Unternehmer getragen wird (vgl. Abb. 2). Der Tiefpunkt der Coronakrise dürfte somit auch in Ostdeutschland und Sachsen im zweiten Quartal 2020 erreicht worden sein. Im Laufe des Sommers dürfte es schrittweise wieder aufwärts gehen. Weitere ifo Umfragen deuten darauf hin, dass sich die Geschäfte der meisten Unternehmen in allen Teilen Deutschlands bis zum Ende des Jahres 2021 wieder normalisieren dürften.

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe zählt zu den von der Coronakrise am stärksten betroffenen Bereichen. Vor allem Investitionsgüterproduzenten haben mit schwacher Nachfrage zu kämpfen. Aufgrund hoher Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind geplante Investitionen aufgeschoben oder gar ganz gestrichen worden. Zu berücksichtigen ist dabei aber auch, dass die Industrie in ganz Deutschland schon seit Längerem in einer Rezession steckt und deswegen ohnehin geschwächt in das Jahr 2020 startete. Zusätzlich leiden eng vernetzte Wirtschaftszweige, wie Automobil- oder Maschinenbau, am eingeschränkten internationalen Warenaustausch. Der Geschäftsklimaindex des

Verarbeitenden Gewerbes stürzte im ersten und zweiten Quartal 2020 ab (vgl. Abb. 3).

Der Einbruch des Geschäftsklimas fiel in Ostdeutschland und Sachsen etwas schwächer aus als in Deutschland insgesamt. Dies ist maßgeblich auf die schwächere Einbindung der ostdeutschen und sächsischen Industrie in den internationalen Warenhandel zurückzuführen. Zudem ist die Investitionsgüterproduktion in Ostdeutschland anteilig kleiner als im Westen. Der Einbruch der Investitionsgüternachfrage macht sich folglich weniger bemerkbar.

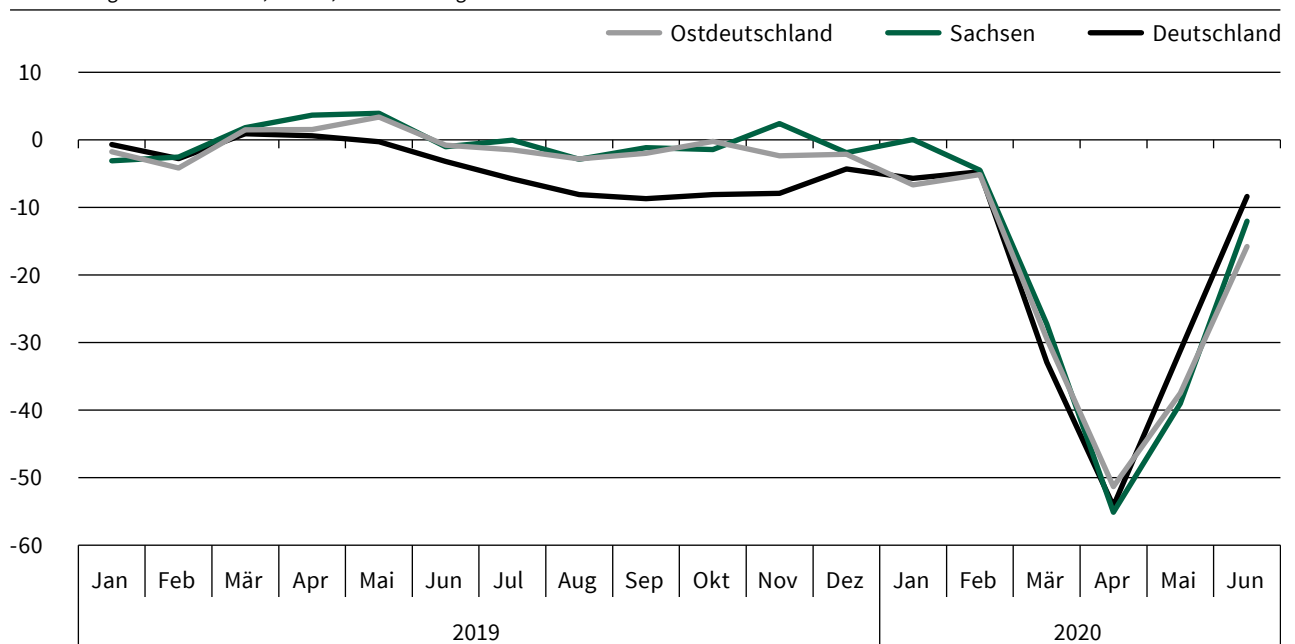
Mit Ausklingen der Coronarestriktionen dürften auch die Nachfrage nach Investitionsgütern und der internationale Warenhandel wieder langsam anziehen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Erholung etwas langsamer voranschreitet als in anderen Wirtschaftsbereichen.

Im laufenden Jahr dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um 12,5 % zurückgehen. In Sachsen sollte der Rückgang mit 13,0% noch deutlicher ausfallen. Im kommenden Jahr dürfte die Industrie mit Wachstumsraten von 12,1% (Ostdeutschland) bzw. 12,6% (Sachsen) wieder deutlich zur Erholung beitragen.

Baugewerbe

Auch im Baugewerbe machen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise bemerkbar. Das ifo Geschäftsklima im Baugewerbe kühlte sich in Ostdeutschland und Sachsen, wie in Deutschland insgesamt, deutlich ab (vgl. Abb. 4). Zudem verringerte sich der Auftragsbestand der Bauunternehmer im Zuge des coronabedingten Lockdowns merklich. Allerdings dürfte das Baugewerbe wohl deutlich weniger von der Coronakrise betroffen sein als andere Wirt-

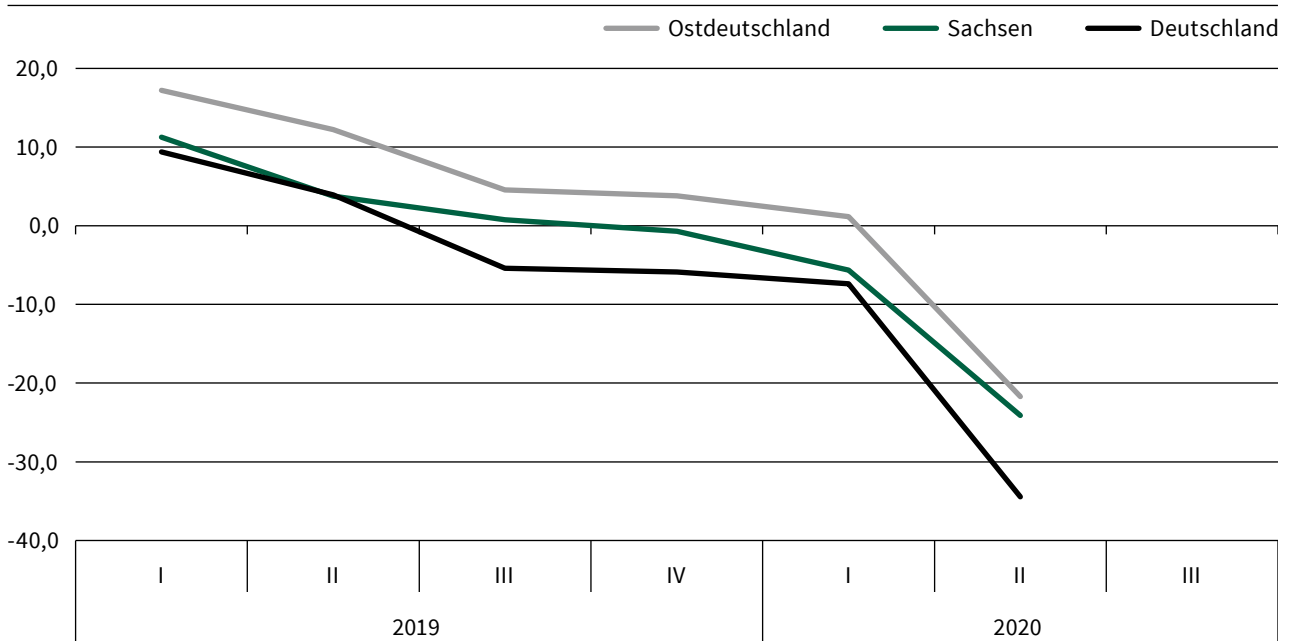
Abb. 2
ifo Geschäftserwartungen Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen
Gesamte regionale Wirtschaft, Salden, saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2020.

© ifo Institut

Abb. 3
ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe
 Salden, saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2020.

© ifo Institut

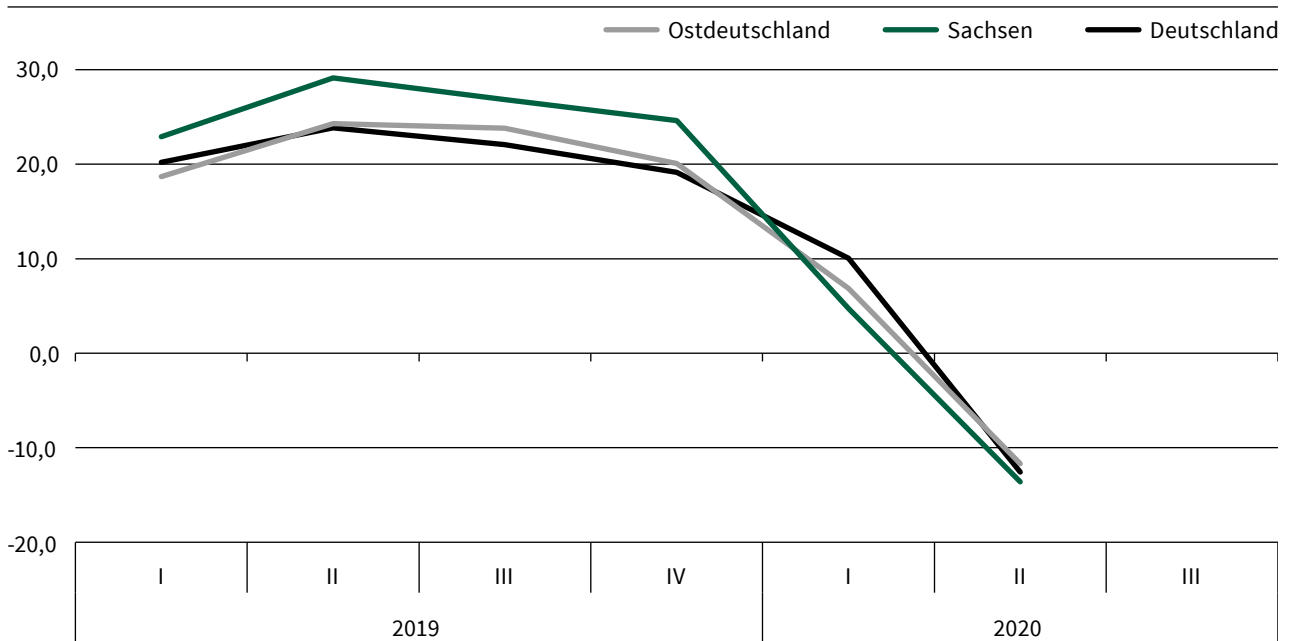
schaftsbereiche. So fiel der Einbruch des ifo Geschäftsklimas im Baugewerbe weniger stark aus als in den übrigen Wirtschaftsbereichen.

Im Prognosezeitraum dürfte das Baugewerbe vor allem vom Wohnungsbau und der Bautätigkeit der öffentlichen Hand gestützt werden. Öffentliche Bauprojekte sollten dabei vor allem durch das Konjunkturprogramm der Bundesregie-

rung stabilisiert werden, was das Baugewerbe insgesamt begünstigt.

Die strukturellen Treiber des Wohnungsbaus sind weiterhin intakt. Der Wohnungsbau dürfte in der zweiten Jahreshälfte wieder stärker zulegen. Dennoch drücken die corona-bedingt ungünstigere Einkommensentwicklung und härtere Bonitätsanforderungen bei Wohnungsbaukrediten auf das

Abb. 4
ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe
 Salden, saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2020.

© ifo Institut

Expansionstempo. In Ostdeutschland wird die Entwicklung des Wohnungsbaus zusätzlich durch die Unsicherheit über den Fortbestand des Berliner Mietendeckels gedämpft. Im gewerblichen Bau dürfte sich die Investitionszurückhaltung der Industrie bemerkbar machen. Mehr als die Hälfte der im Juni von ifo befragten ostdeutschen Unternehmer gaben an, Investitionen in die Zukunft verschieben zu wollen. Aufgrund des etwas schwächeren Industrieinbruchs im Osten der Republik dürfte der gewerbliche Bau hier aber etwas weniger zurückgehen als in Deutschland insgesamt.

In diesem Jahr dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um 0,5% schrumpfen. In Sachsen dürfte das Niveau des Vorjahres gehalten werden. Im kommenden Jahr dürften die Wachstumsraten mit 1,5% bzw. 1,4% wieder positiv ausfallen.

Dienstleister

Die Konsumnahen Dienstleister zählen zu den von der Pandemie am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereichen. Sie sind in Ostdeutschland und Sachsen ähnlich stark betroffen wie in Deutschland insgesamt. Von den Shutdown-Maßnahmen waren alle Landesteile gleichermaßen beeinträchtigt (vgl. Tab. 2). Im Einzelhandel machten sich die Ladenschließungen bemerkbar, und das Gastgewerbe leidet immer noch unter den Einschränkungen des Tourismus. Auch im Bereich Verkehr und Lagerei sind die pandemiebedingten Einschränkungen direkt spürbar. Fluggesellschaften sowie Bus- und Bahnunternehmen kämpfen mit coronabedingt niedrigen Beförderungszahlen. In der Logistikbranche macht sich der Industrieinbruch bemerkbar und die Auftragseingänge bleiben aus. Im Bereich Information und Kommunikation zeigen sich gegenläufige Effekte. Während vor allem Film, Fernsehen,

Rundfunk und Kinos in ihren Geschäften eingeschränkt waren, profitierten IT-Dienstleister von den Kontaktbeschränkungen.

Die Finanz- und Versicherungsdienstleister folgen dem Trend der letzten Jahre und ziehen sich weiter aus der Fläche zurück. In den ostdeutschen Flächenländern dürfte dieser Trend aufgrund der demographischen Entwicklung etwas schneller voranschreiten. In Berlin entwickelt sich der Bereich hingegen etwas besser. Im Grundstücks- und Wohnungswesen macht sich die Coronakrise bisher nur in geringem Ausmaß bemerkbar. In Berlin dürfte die Branche durch die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Mietpreisentwicklung in ihrer Entwicklung etwas gedämpft werden. Die Unternehmensdienstleister sind eng an die industrielle Entwicklung gebunden. Vor allem die Vermietung von beweglichen Sachen sowie die Arbeitnehmerüberlassung leiden besonders.

Der Bereich der öffentlichen und sonstigen Dienstleister wird von zwei unterschiedlichen Effekten geprägt. Die sonstigen Dienstleister zählen auch zu den am stärksten betroffenen Bereichen. In diesen Bereich fallen unter anderem künstlerische und kreative Tätigkeiten, aber auch Friseure und andere persönliche Dienstleistungen, die alle in besonderem Maße unter den Kontaktbeschränkungen litten. Die öffentlichen Dienstleister waren in allen Landesteilen nur unwesentlich von der Coronapandemie betroffen.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche dürfte sich im Prognosezeitraum ähnlich entwickeln. Der Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation sind in starkem Maße von der Coronapandemie betroffen. Bei dem Bereich der öffentlichen und sonstigen Dienstleister sollten die Auswirkungen der Pandemie auf die preisbereinigte Bruttowertschöpfung am wenigsten zu spüren sein.

Tab. 2
Corona-Betroffenheit in Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Mai 2020

Auf einer Skala von -3 bis +3

	Deutschland	Ostdeutschland	Sachsen
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	-1,5	-1,3	-1,4
Information und Kommunikation	-0,8	-0,4	-0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	-1,1	-0,7	KA
Unternehmensdienstleister	-1,5	-1,3	-1,4

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2020.

© ifo Institut

Selina Schulze Spüntrup*

Widerspruch oder Zustimmung? Wodurch mehr Menschen zu Organspendern werden

Angesichts der langen Warteliste für eine Organtransplantation in Deutschland sind Maßnahmen zur Steigerung der Organspenderzahlen Teil der politischen und gesellschaftlichen Debatte. Ob bei einem Verstorbenen grundsätzlich von einer Zustimmung zur Organentnahme ausgegangen wird oder nicht, kann die Zahl der Organspender maßgeblich beeinflussen. In diesem Beitrag zeige ich, dass die Organspenderraten in den Ländern höher ausfallen, in denen die Zustimmung nicht explizit erteilt werden muss.

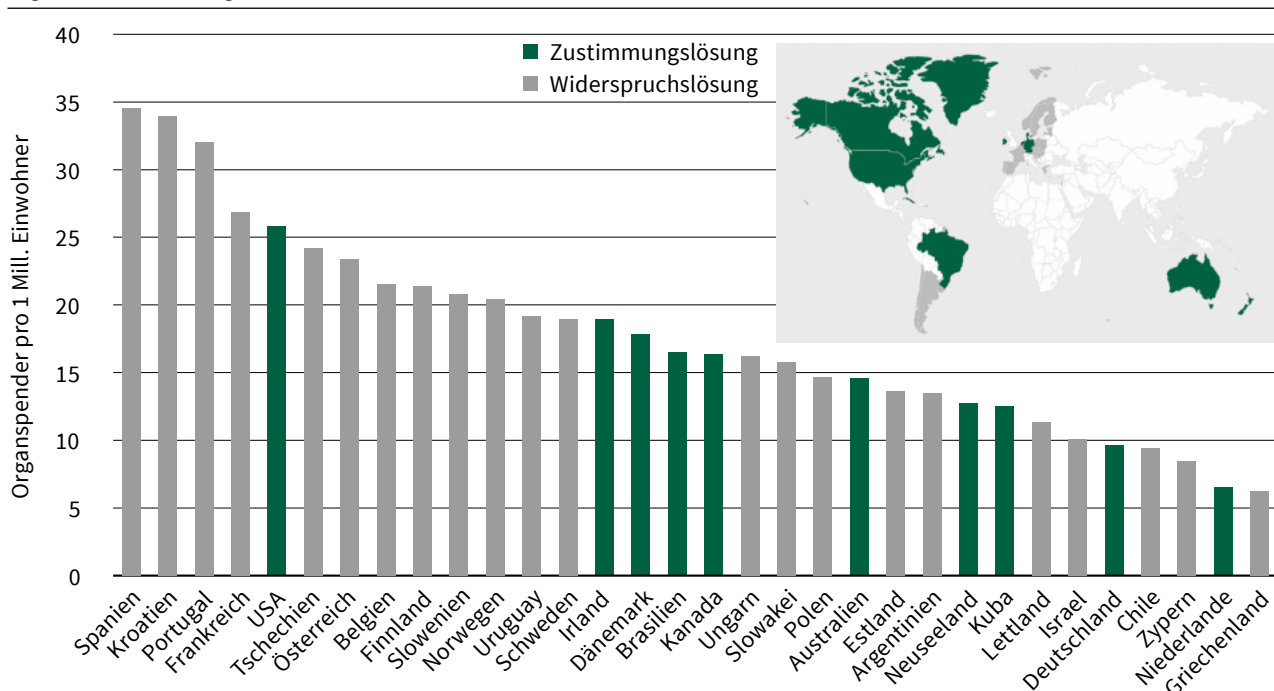
DEUTSCHE SPENDEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH RELATIV SELTEN

Bundesweit warten aktuell ca. 9 000 Patienten auf ein lebensrettendes Organ – Tendenz steigend (Eurotransplant 2020). Im internationalen Vergleich belegt Deutschland mit knapp 10 Organspendern pro 1 Mill. Einwohner¹ einen der hinteren Plätze (vgl. Abb. 1). Eine denkbare Ursache ist, dass hierzulande eine Organentnahme grundsätzlich nur dann erlaubt ist, wenn der Spender dieser zu Lebzeiten ausdrücklich zugestimmt hat (Zustimmungslösung). In vielen anderen Ländern kann hingegen jeder zum Organspender werden, sofern er zu

Lebzeiten nicht explizit widersprochen hat (Widerspruchslösung). Tendenziell weisen diese Länder eine höhere Organspenderrate auf als solche, in denen die Zustimmungslösung gilt. Beispielsweise erreichen Länder wie Kroatien und Portugal mittlerweile ähnlich hohe Organspenderraten wie der langjährige Spitzenreiter Spanien. Ausschließlich die USA als Land mit Zustimmungslösung erreichen vergleichsweise hohe Organspenderraten (vgl. Abb. 1).

* Selina Schulze Spüntrup ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1
Organspenderraten ausgewählter Länder (2017)



Anmerkung: Länder mit Zustimmungslösung sind grün und Länder mit Widerspruchslösung grau eingefärbt. Die Länder sind absteigend nach der Organspenderrate sortiert.

Quelle: Global Observatory on Donation and Transplantation. Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Maßnahmen zur Steigerung der Organspenderraten werden in Deutschland nach wie vor kontrovers diskutiert. Die Zahl derjenigen, die ihre Spendebereitschaft in Umfragen bekunden, liegt um ein Vielfaches höher als die Zahl derjenigen, die ihre Spendebereitschaft (in einem Organspendeausweis) dokumentiert haben (Caille-Brillet et al. 2019). Dies legt die Vermutung nahe, dass das vorhandene Potenzial von Spenderorganen bei weitem nicht ausgeschöpft wird. Ein wesentlicher Grund für die Organknappheit ist, dass viele potenzielle Spender von medizinischem Personal nicht als solche erkannt oder zur Weitervermittlung nicht an die Deutsche Stiftung Organtransplantation gemeldet werden (Schulte et al. 2018). Zudem besteht eine Schwierigkeit darin, zu klären, ob ein Verstorbener in eine Organentnahme eingewilligt hätte – insbesondere dann, wenn keine dokumentierte Spendeentscheidung vorliegt. Daher stellt sich die Frage, ob die Einführung der Widerspruchslösung zur Steigerung der Organspenderrate geeignet ist.

VIELE FAKTOREN BEEINFLUSSEN DIE ORGAN-SPENDEENTSCHEIDUNG

Einige theoretische und empirische Studien haben sich der Frage gewidmet, welche Faktoren die individuelle Spendeentscheidung beeinflussen (z. B. Abadie und Gay 2006, Caille-Brillet et al. 2019, Radecki und Jaccard 1997 sowie Ugur 2015). Vor allem drei Faktoren erklären, warum die eigene Spendeentscheidung vielfach nicht dokumentiert wird. Erstens sind mit der Spendeentscheidung Transaktionskosten verbunden, in Deutschland z. B. in Form des Zeitaufwandes für die Beschaffung eines Organspendeausweises. Zweitens ist die emotionale Belastung durch die Auseinandersetzung mit dem eigenen Tod eine große Hürde, und drittens ist es für viele ausreichend, dass Angehörige einem selbst die Entscheidung im Ernstfall abnehmen können. Bleibt die Dokumentation von Spendeentscheidungen aus, bedeutet dies in Ländern mit Zustimmungslösung, dass weniger Zustimmungen und in Ländern mit Widerspruchslösung weniger Widersprüche zur Organspende registriert werden.

Beide Systeme unterscheiden sich im Wesentlichen darin, welche Handlungsoption – nicht spenden oder spenden – den Ausgangszustand darstellt. Die Beibehaltung des Status quo ist häufig die favorisierte Entscheidung (Status-quo-Verzerrung). Darüber hinaus wird oftmals die Option bevorzugt, bei der keine aktive Entscheidung getroffen werden muss (Default-Effekt). Erklären lassen sich diese Effekte dadurch, dass viele den jeweiligen Standard als eine Art Vorschlag politischer Entscheidungsträger wahrnehmen, der eine empfohlene Handlung enthält. Weiterhin erfordert das Befolgen eines Standards keinerlei Anstrengungen, während eine Änderung dessen mit physischen, kognitiven und emotionalen Kosten einhergeht (Johnson und Goldstein 2003). Verstärkt wird dies zudem dadurch, dass sich Menschen oft so entscheiden, wie sie glauben, dass es auch andere tun (Thaler und Sunstein 2009). Demzufolge wird bei der Widerspruchslösung die Organspende als selbstverständlich aufgefasst – bei der Zustimmungslösung hingegen als außergewöhnlich und wählbar (Davidai et al. 2012). Ebenso kann die jeweilige Formulierung der Frage nach der Spendebereit-

schaft einen großen Einfluss auf die Wahl der Handlungsoption haben (Framing). So werden die Angehörigen in Ländern mit Widerspruchslösung im Gegensatz zu Ländern mit Zustimmungslösung nicht direkt um ihre Zustimmung gebeten. Es wird vielmehr die Frage gestellt, ob ein Grund zu der Annahme besteht, dass der Verstorbene eine Organspende abgelehnt hätte.

Die rechtliche Regelung beeinflusst somit die Spendeentscheidung enorm: Die Organentnahme wird bei vorherrschender Zustimmungslösung eher abgelehnt, bei der Widerspruchslösung wird ihr eher zugestimmt (Abadie und Gay 2006). Dies resultiert in niedrigeren Spenderraten in Ländern mit Zustimmungslösung im Vergleich zu Ländern mit Widerspruchslösung (ebd.). Im Folgenden untersuche ich für eine große Anzahl an Ländern, ob sich dies empirisch belegen lässt.

Infobox 1: Daten und Methodik

Für die Untersuchung verwende ich einen Datensatz für 32 ausgewählte Länder² für die Jahre 2000 bis 2017. Um beobachtbare länderspezifische Unterschiede berücksichtigen zu können, führe ich eine auf Paneldaten basierende Regressionsanalyse durch.

$$DBD_{it} = \beta_0 + \beta_1 LEG_{it} + \beta_2 GDP_{it} + \beta_3 EXP_{it} + \beta_4 BED_{it} + \beta_5 AGE_{it} + \beta_6 STR_{it} + \beta_7 RTA_{it} + f_t + \varepsilon_{it}$$

Ich messe den Einfluss der Widerspruchslösung auf die Organspenderrate anhand der obigen Schätzgleichung. Die abhängige Variable bezeichnet den natürlichen Logarithmus der Anzahl der postmortalen Organspender nach Hirntod pro 1 Mill. Einwohner (Organspenderrate) für jedes Land i im Jahr t . Die absoluten Organspenderzahlen habe ich dem Global Observatory on Donation and Transplantation und dem International Registry on Organ Donation and Transplantation entnommen. Die unabhängige Variable LEG_{it} ist binär kodiert und nimmt den Wert 1 an, wenn es sich um ein Land mit Widerspruchslösung handelt, ansonsten den Wert 0. Zu den Kontrollvariablen zählen neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro 1 Mill. Einwohner (GDP_{it}), den Gesundheitsausgaben in Relation zum BIP (EXP_{it}) sowie den Krankenhausbetten pro 1 Mill. Einwohner (BED_{it}) auch der prozentuale Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (AGE_{it}). Für den Pool in Frage kommender Spender dienen die Todesfälle durch Hirninfarkt (STR_{it}) und Verkehrsunfälle (RTA_{it}) pro 1 Mill. Einwohner als Proxy-Variablen. Bis auf die Variablen der Gesundheitsausgaben und der über 65-Jährigen habe ich alle Kontrollvariablen logarithmiert, um die nicht-standardisierten Koeffizienten der Regression als (Semi-)Elastizitäten zu interpretieren. Jahresfixe Effekte fließen als Dummyvariable f_t mit den Ausprägungen 0 und 1 für jedes Jahr mit Ausnahme des Basisjahres 2000 ein. Der Fehlerterm wird mit ε_{it} dargestellt.

MEHR ORGANSPENDER DURCH WIDERSPRUCHSLÖSUNG

Um zu testen, inwieweit die Widerspruchslösung mit der Zahl der Organspender zusammenhängt, wenn für mögliche andere Einflussfaktoren kontrolliert wird, führe ich mehre Regressionen durch. Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Regressionsanalysen. Es zeigt sich, dass ein statistisch signifikanter positiver Zusammenhang zwischen der Widerspruchslösung und der Organspenderrate besteht (vgl. Spalte [1]). Der Effekt ist wie folgt zu interpretieren: Würde in einem Land anstatt der Zustimmungslösung die Widerspruchslösung gelten, würde die Organspenderrate des Landes um 40% höher ausfallen. Richtung und Größenordnung stimmen mit vergleichbaren Studien (z. B. Abadie und Gay 2006, Bilgel 2012 sowie Shepherd et al. 2014) überein.

Um die Rolle der Angehörigen zu berücksichtigen, habe ich in zusätzlichen Regressionen (vgl. Spalte [2] bis [4]) die drei Regelungen erweiterte Zustimmungslösung, erweiterte sowie enge Widerspruchslösung paarweise miteinander verglichen. Dabei wurden jeweils die Länder der nicht betrachteten Option aus der Untersuchung ausgeschlossen und anschließend die verbleibenden Optionen mit 0 oder 1 kodiert. Im Gegensatz zur engen Form werden bei der erweiterten Lösung die nächsten Angehörigen um eine Entscheidung gebeten, sofern der Verstorbene diese nicht selbst getroffen und dokumentiert hat. Die enge Form der der Zustimmungslösung wird in keinem der betrachteten Länder angewendet. Würde statt der erweiterten Zustimmungslösung die erweiterte Widerspruchslösung gelten, würde die Organspenderrate schätzungsweise um 31% höher ausfallen (Spalte [2]). Bei einem Wechsel von der erweiterten Zustimmungslösung zur engen Widerspruchslösung kann die Steigerungsrate sogar auf 70% beziffert werden (Spalte [3]). Den Schätzungen zufolge beläuft sich die Erhöhung der Organspenderrate bei der engen im Vergleich zur erweiterten Widerspruchslösung auf 15% (Spalte [4]). Mit der engen Form der Widerspruchslösung kann somit die höchste Organspenderzahl erzielt werden.

DIE ÖFFENTLICHKEIT SOLLTE ÜBER ORGANSPENDE BESSER INFORMIERT WERDEN

Auch wenn die Widerspruchslösung einen positiven Effekt auf die Organspenderrate verspricht, stellt sie nicht die einzige

Option dar, die Anzahl an Organspendern zu erhöhen. Zum einen ist Wissen um die Wichtigkeit und über den Ablauf von Organspenden essenziell, damit ein Individuum in der Lage ist, die Kosten und den Nutzen einer Organspende richtig zu bewerten. Zum anderen sollte vermieden werden, dass trauernde Angehörige im Todesfall von einer Konfrontation mit der Thematik überrascht werden. Außerdem zeigt sich eine meist positivere Einstellung zur Organspende innerhalb der Bevölkerung, wenn sich diese der nationalen Regelung bewusst ist (Shepherd et al. 2013). In Anbetracht der Tatsache, dass viele die geltende nationale Regelung nicht kennen (Eurobarometer 2010), empfiehlt es sich sowohl in Ländern mit Zustimmungslösung als auch in denen mit Widerspruchslösung, Aufklärungskampagnen durchzuführen. Werden Entscheidungen dokumentiert, fallen sie größtenteils zugunsten einer Organspende aus (Rosenblum et al. 2012). Vor diesem Hintergrund sollte die Dokumentation der Spendeentscheidung forciert werden.

FAZIT

Dieser Beitrag hat gezeigt, dass unter Berücksichtigung weiterer möglicher Einflussfaktoren ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen der Widerspruchslösung und der Organspenderrate besteht. Den Effekt der Widerspruchslösung auf die Organspenderrate schätze ich auf 40%. Der Effekt ist noch stärker ausgeprägt, wenn die Angehörigen im Rahmen der engen Widerspruchslösung nicht an dem Entscheidungsprozess beteiligt sind.

LITERATUR

Abadie, A. und S. Gay (2006), „The impact of presumed consent legislation on cadaveric organ donation: a cross-country study“, *Journal of Health Economics*, 25(4), S. 599–620.

Bilgel, F. (2012), „The impact of presumed consent laws and institutions on deceased organ donation“, *The European Journal of Health Economics*, 13(1), S. 29–38.

Caille-Brillet, A.-L., Zimmering, R. und H. M. Thaiss (2019), Bericht zur Repräsentativstudie 2018 „Wissen, Einstellung und Verhalten der Allgemeinbevölkerung zur Organ- und Gewebespende“. BZgA-Forschungsbericht. Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Köln.

Davidai, S., Gilovich, T. und L. D. Ross (2012), „The meaning of default options for potential organ donors“, *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 109(38), S. 15 201–15 205.

Tab. 1
Beziehung zwischen der Widerspruchslösung und der Anzahl der Organspender

	[1]	[2]	[3]	[4]
Widerspruchslösung	0,40*** (0,05)	0,31*** (0,05)	0,70*** (0,06)	0,15*** (0,05)
Kontrollvariablen	ja	ja	ja	ja
Jahresfixe Effekte	ja	ja	ja	ja
R ² (adj.)	0,29	0,21	0,40	0,42
Beobachtungen	524	323	384	340

Anmerkung: Die Standardfehler sind in Klammern angegeben. Die nicht-standardisierten Koeffizienten gekennzeichnet mit *** sind signifikant auf dem 0,1%-Level, mit ** sind signifikant auf dem 1%-Level und mit * sind signifikant auf dem 5%-Level. Alle Spezifikationen berücksichtigen die in Infobox 1 genannten Kontrollvariablen und jahresfixe Effekte.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Eurobarometer (Hrsg.) (2010), Organ donation and transplantation, Special Eurobarometer 333a. Hrsg. v. European Commission, https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_333a_en.pdf.

Eurotransplant (Hrsg.) (2020), Über Eurotransplant, online verfügbar unter: <https://www.eurotransplant.org/patients/deutschland/>, zuletzt geprüft am 1. Juli 2020.

Johnson, E. J. und D. G. Goldstein (2003): „Do defaults save lives?“, *Science*, 302(5649), S. 1 338–1 339.

Radecki, C. M. und J. Jaccard (1997), „Psychological aspects of organ donation: A critical review and synthesis of individual and next-of-kin donation decisions“, *Healthy Psychology*, 16(2), S. 183-195.

Rosenblum, A. M., Li, A. H.-T., Roels, L., Stewart, B., Prakash, V., Beitel, J., Young, K., Shemie, S., Nickerson, P. und A. X. Garg (2012), „Worldwide variability in deceased organ donation registries“, *Transplant International*, 25(8), S. 801–811.

Schulte, K., Borzikowsky, C., Rahmel, A., Kolibay, F., Polze, N., Fränkel, P., Mickle, S., Adlers, B., Kunzendorf, U. und T. Feldkamp (2018): „Decline in Organ Donation in Germany“, *Deutsches Ärzteblatt international*, 115(27-28), S. 463–468.

Shepherd, L., O’Carroll, Ronan und E. Ronan (2013), „Awareness of legislation moderates the effect of opt-out consent on organ donation intentions“, *Transplantation*, 95(8), S. 1 058-1 063.

Shepherd, L., O’Carroll, Ronan, E. und E. Ferguson (2014), „An international comparison of deceased and living organ donation/transplant rates in opt-in and opt-out systems: a panel study“, *BMC medicine*, 12, S. 131.

Thaler, R. H. und C. R. Sunstein (2009), „Nudge – Improving decisions about health, wealth, and happiness“, New York, S. 53-71 und S. 175-182.

Ugur, Z. B. (2015), „Does Presumed Consent Save Lives? Evidence from Europe“, *Health Economics*, 24(12), S. 1 560–1 572.

-
- 1 In diesem Beitrag ist mit dem Begriff Organspende stets die postmortale Organspende gemeint. Als Organspender gilt jeder, dem zum Zweck der Transplantation mindestens ein Organ entnommen wurde. Die Organspenderrate beschreibt die Anzahl der Organspender pro 1 Mill. Einwohner. Zu Vergleichszwecken werden nur Raten von Organspendern betrachtet, bei denen der Hirntod festgestellt worden ist.
 - 2 Dies umfasst Länder mit mindestens 1 Mill. Einwohner, um eine hohe Fluktuation der Organspenderraten aufgrund einer geringen Bevölkerungsgröße auszuschließen. Es werden nur Länder mit einer einheitlichen Organspenderegelung innerhalb des Landes betrachtet. In den einzelnen Ländern meiner Analyse wird allerdings unterschiedlich verfahren, wie ein Spendewunsch bzw. eine Ablehnung der Organspende dokumentiert werden kann, bspw. in einem zentralen Register oder in einem mitzuführenden Ausweis, oder etwa, ob eine Registrierung freiwillig oder verpflichtend erfolgt. Dies stellt ein Problem bei der Vergleichbarkeit der Daten dar und führt möglicherweise zu verzerrten Ergebnissen.

David Bauer und Joachim Ragnitz*

Strukturelle Anpassungserfordernisse im sächsischen Landeshaushalt? Nur durch personelle Einsparungen lässt sich ein Defizit verhindern**

Der sächsische Haushalt dürfte künftig aufgrund der demographischen Entwicklung unter massiven Druck geraten. Eine Projektion der Einnahmen und Ausgaben für den Freistaat Sachsen zeigt, dass bis zum Jahr 2030 mit einem strukturellen Haushaltsdefizit von 1,0 Mrd. Euro zu rechnen ist. Mögliche Einsparpotenziale bestehen insbesondere bei den Personalausgaben. Derartige Einsparungen würden zwar die öffentliche Leistungsbereitstellung im Freistaat nicht grundlegend einschränken – sie bedürfen dennoch politischer Durchsetzungskraft.

Die Folgen des demographischen Wandels stellen für die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren eine besondere Herausforderung dar. Aufgrund der rückläufigen und zusehends alternden Bevölkerung geht das Erwerbspotenzial stark zurück. Damit steht auch die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unter massivem Druck. Dies führt zu einem schwächeren Wachstum der öffentlichen Einnahmen sowohl auf der Landes- als auch der kommunalen Ebene. Auf der anderen Seite nehmen die Ausgaben voraussichtlich mit wenig veränderter Dynamik zu. Da eine Schuldenaufnahme in den Länderhaushalten verfassungsrechtlich ausgeschlossen ist, müssen die Ausgaben an die Einnahmen angepasst werden.

In den Jahren 2019 und 2020 hat der Freistaat Sachsen seine Ausgaben gegenüber den ursprünglich geplanten Werten massiv ausgeweitet und zur Finanzierung Rücklagen abgebaut. Ohne Rückführung dieser Mehrausgaben ist bis zum Jahr 2030 ein Haushaltsdefizit von rund 1,0 Mrd. Euro jährlich zu erwarten.¹ Dies folgt aus unserer Untersuchung über die Rahmenbedingungen zur Tragfähigkeit des sächsischen Haushalts bis zum Jahr 2030, die wir in diesem Beitrag darstellen.² Zwar dürften die Gesamteinnahmen des Freistaates in diesem Zeitraum um mehr als 16% gegenüber den für das Jahr 2020 veranschlagten Einnahmen anwachsen, jedoch werden die Ausgaben wegen der ihnen innewohnenden Dynamiken in ähnlichem Umfang steigen. Für ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis steht der Freistaat somit künftig vor der Herausforderung, fiskalische Einsparpotenziale zu identifizieren und diese auch politisch durchzusetzen.

ENTWICKLUNG DES SÄCHSISCHEN STAATSHAUSHALTES BIS ZUM JAHR 2030

Zunächst bestimmen wir die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben im Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2030 differenziert nach verschiedenen Gruppen

von Einnahmen und Ausgaben. Grundlage der Einnahmeprojektion ist dabei eine mittelfristige Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen und regionalen Wirtschaftsentwicklung.³ Bei den Ausgaben wird grundsätzlich vom heutigen Rechtsstand (Drittmittelprogramme und gesetzliche Leistungen), im Bereich Personal von konstanter Stellenzahl sowie einer mittleren Tariflohnsteigerung von 2,5% pro Jahr ausgegangen.⁴ Weiterhin nehmen wir an, dass die investiven Ausgaben bis zum Jahr 2030 in gleicher Weise wachsen wie die gesamten Einnahmen des Freistaates. Aus der Gegenüberstellung der projizierten Einnahmen und Ausgaben ergibt sich schließlich der zu erwartende Einsparbedarf.

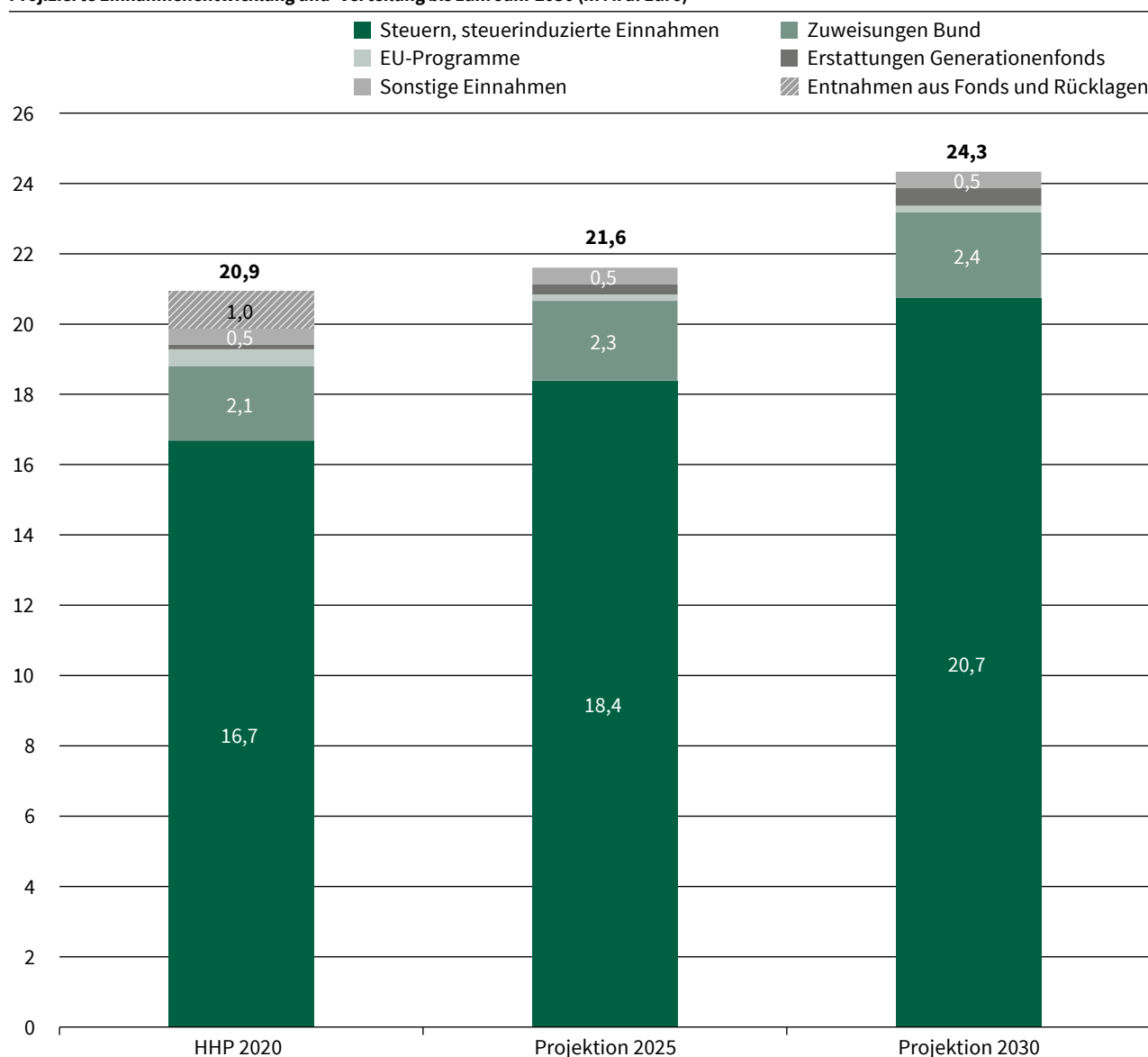
Laut sächsischem Haushaltplan erwartet der Freistaat für das Jahr 2020 Einnahmen von ca. 20,9 Mrd. Euro (vgl. Abb. 1). Gut 80% der Einnahmen stammen dabei aus Steuern und steuerinduzierten Einnahmen (16,7 Mrd. Euro). An zweiter Stelle stehen die Zuweisungen des Bundes mit ca. 10% der gesamten Einnahmen (2,1 Mrd. Euro), die überwiegend zweckgebunden sind und deswegen in der Haushaltsbetrachtung einen durchlaufenden Posten darstellen. Drittwichtigster Einnahmeposten sind im Jahr 2020 die Entnahmen aus Fonds und Rücklagen in Höhe von rund 1,0 Mrd. Euro. Diese stehen für die Folgejahre jedoch nicht mehr zur Verfügung.

Auch ohne Entnahmen aus den Rücklagen erhöhen sich die projizierten Einnahmen bis zum Jahr 2030 gegenüber den geplanten Einnahmen im Jahr 2020 deutlich. Bis zum Jahr 2025 dürften die Einnahmen zwar lediglich um 3,3% zunehmen. Bis zum Jahr 2030 könnten die Einnahmen nach unseren Annahmen jedoch deutlich stärker wachsen, nämlich auf rund 24,3 Mrd.

* David Bauer ist Doktorand und Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

** Im vorliegenden Beitrag werden strukturelle Anpassungserfordernisse im sächsischen Haushalt analysiert, die sich aufgrund politischer Entscheidungen bis zum Jahr 2019 ergeben. Die enormen fiskalischen Belastungen aufgrund der Coronakrise sind darin nicht berücksichtigt; diese erhöhen den Konsolidierungsdruck im sächsischen Staatshaushalt zusätzlich.

Abb. 1
Projizierte Einnahmenentwicklung und -verteilung bis zum Jahr 2030 (in Mrd. Euro)



Anmerkung: Die Besonderen Finanzierungseinnahmen sind in den Sonstigen Einnahmen enthalten.

Quelle: Bauer et al. (2020); Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

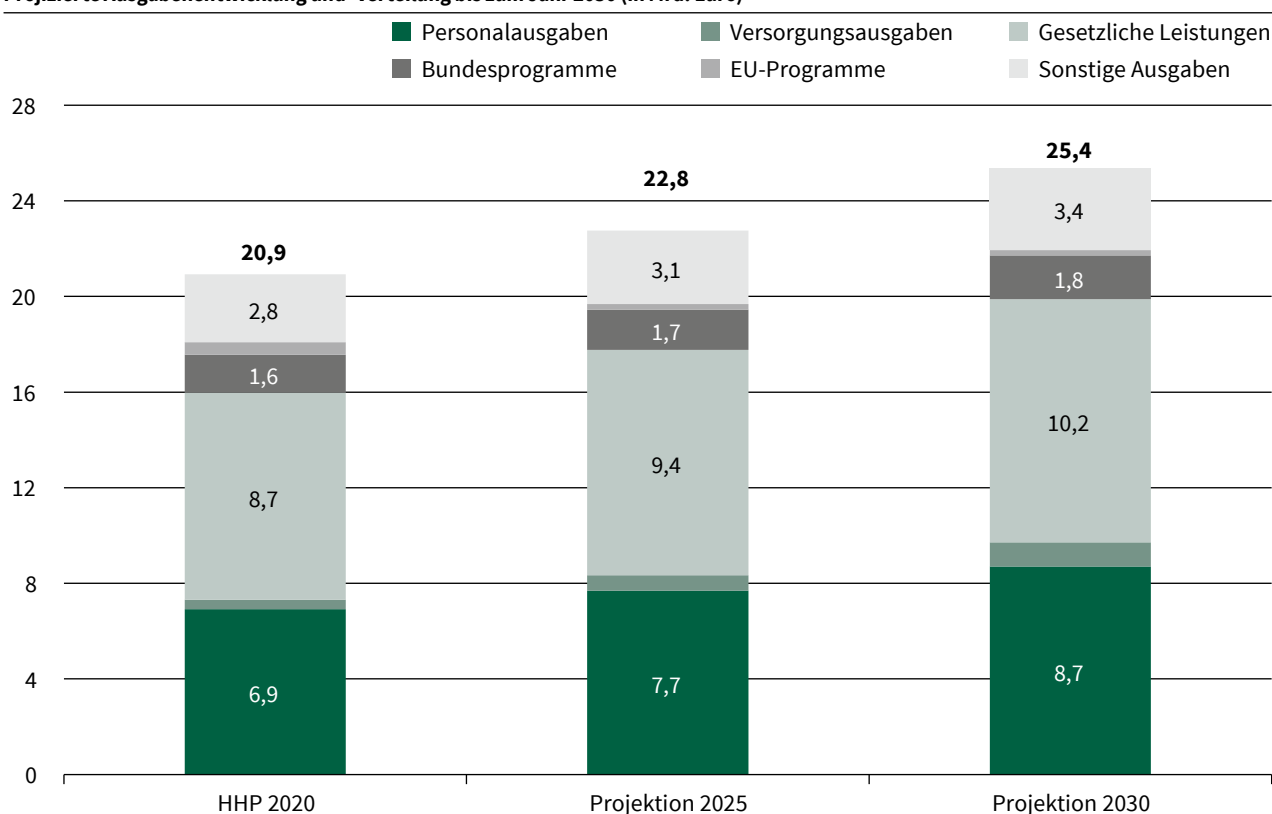
Euro (+12,5%). Einen maßgeblichen Grund für diese Entwicklung bildet der Anstieg der Steuern und steuerinduzierten Einnahmen. Gegenüber den Planeinnahmen des Jahres 2020 könnten sie sich um rund 4 Mrd. Euro auf 20,7 Mrd. Euro im Jahr 2030 erhöhen. Eine wesentliche Ursache für den starken Anstieg stellt die erwartete wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland dar. Trotz sinkender Erwerbsbevölkerung ist damit zu rechnen, dass das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland bis 2030 jahresdurchschnittlich um 0,8% steigt (Gillmann et al. 2019, eigene Berechnungen). Da Sachsen in hohem Maße durch Zuweisungen aus dem reformierten Finanzkraftausgleich hieran beteiligt ist, steigen auch die Steuereinnahmen in Sachsen in etwa der gleichen Größenordnung.

Insgesamt zeichnet sich in den kommenden Jahren eine veränderte Einnamemstruktur des Freistaates ab. Während die Steuern und steuerinduzierten Einnahmen steigen, neh-

men die Zuweisungen insbesondere der EU mit der neuen EU-Förderperiode ab dem Jahr 2021 rapide ab (vgl. Bauer et al. 2018a). Hinzu kommt der Wegfall der Entnahmen aus Rücklagen.

Die Ergebnisse für die einzelnen Ausgabenkategorien fasst Abbildung 2 zusammen. Wegen des verfassungsrechtlichen Neuverschuldungsverbots entsprechen die Ausgaben des Haushaltsplanes für 2020 den geplanten Einnahmen in Höhe von rund 20,9 Mrd. Euro. Wir unterstellen, dass der Freistaat sein gegenwärtiges Angebot öffentlicher Leistungen auch über das Jahr 2020 hinaus aufrechterhalten wird. Bei steigenden Preisen und Tariflöhnen würde dies jedoch zu zunehmenden Ausgaben führen, was die Haushaltspolitik des Freistaates vor erhebliche Herausforderungen stellen wird. Nach unseren Projektionsergebnissen dürfte sich das Ausgabenniveau von 2020 bis 2025 um ca. 9% auf etwa 22,8 Mrd. Euro

Abb. 2
Projizierte Ausgabenentwicklung und -verteilung bis zum Jahr 2030 (in Mrd. Euro)



Quelle: Bauer et al. (2020); Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

erhöhen. Bis zum Jahr 2030 könnten die Gesamtausgaben nochmals um ca. 11% auf rund 25,4 Mrd. Euro ansteigen. Diese Entwicklung ist vor allem eine Folge höherer Ausgaben für Personal und gesetzliche Leistungen. Laut Haushaltsplan 2020 wendet der Freistaat rund 7 Mrd. Euro für Personal (Kernhaushalt und personalgebundene Zuführungen an die Extrahaushalte) auf. Dies entspricht ca. 33% des Haushaltsvolumens. Bis 2025 werden die Personalausgaben bei gleichbleibender Stellenzahl aufgrund der unterstellten Tariflohnentwicklung im Vergleich zu 2020 um ca. 11% steigen. Im Zeitraum von 2025 bis 2030 ist mit einem Anstieg um weitere 13% auf insgesamt 8,7 Mrd. Euro zu rechnen.

Im letzten Schritt stellen wir Einnahmen und Ausgaben gegenüber. Die Einnahmen können trotz ihres deutlichen Anstiegs die Ausgaben nach 2020 nicht decken (vgl. Abb. 3). Durch wegfallende Rücklagenentnahmen ab dem Jahr 2021 gehen die Einnahmen des Freistaates Sachsen zunächst zurück und wachsen bis zum Jahr 2025 unterproportional. Die Ausgaben wachsen hingegen nach dem Jahr 2020 stetig weiter. In der Folge induziert der Wegfall der Rücklagenentnahmen ein Haushaltsdefizit, das bei einem konstanten Leistungsumfang auch trotz eines stärkeren Wachstums der Einnahmen gegenüber den Ausgaben bis zum Jahr 2030 nicht aufzufangen ist. Der Abstand zwischen Einnahmen und Ausgaben vergrößert sich darüber hinaus durch den merklichen Rückgang der EU-Mittel ab dem Jahr 2021. So dürften die Ausgaben im Jahr 2025 die Einnahmen um etwa 1,1 Mrd. Euro übersteigen; im Jahr 2030 beläuft sich das Defizit dann auf

rund 1,0 Mrd. Euro. Da eine weitere Rücklagenentnahme in der wie im Doppelhaushalt 2019/20 veranschlagten Höhe nicht dauerhaft möglich ist, steht der Freistaat in den kommenden Jahren vor der Herausforderung, Einsparpotenziale zu definieren und umzusetzen.

MÖGLICHE EINSARPOTENZIALE IM HAUSHALT

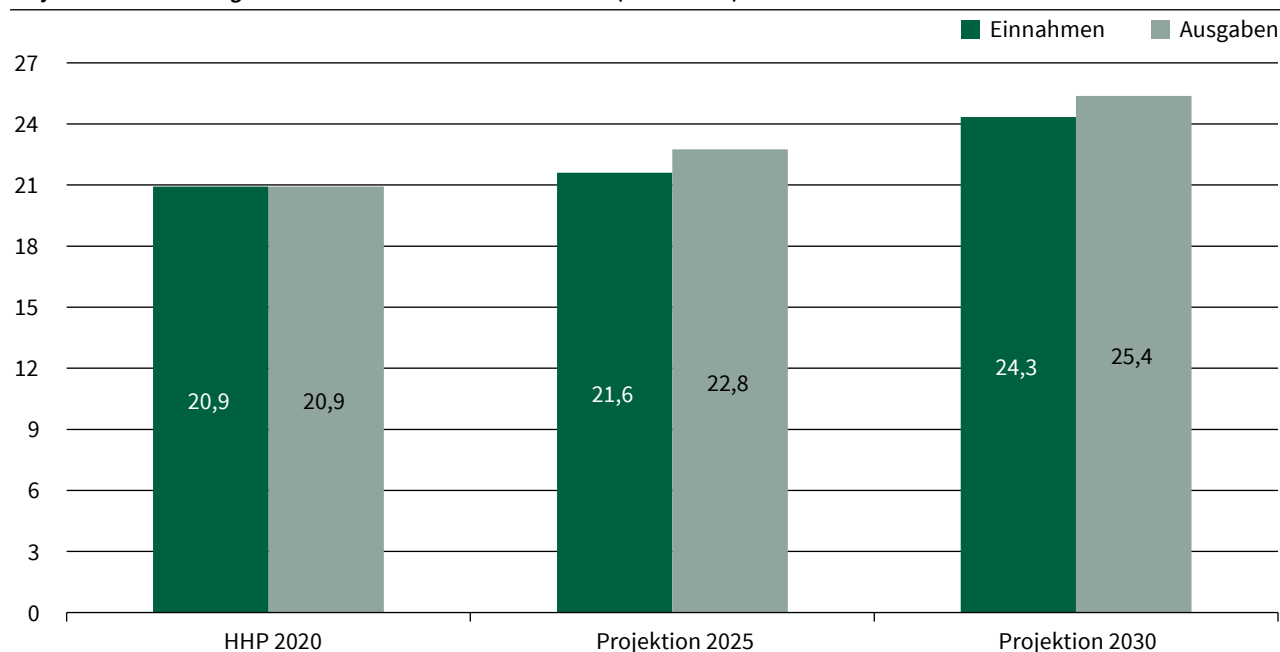
Mit Blick auf die zuvor definierten Ausgabenkategorien bieten sich dem Freistaat Möglichkeiten zur Ausgabenreduktion vornehmlich in den beiden Gruppen **Personalausgaben** und **Sonstige Ausgaben**. In den übrigen Kategorien ist eine Reduktion der Ausgaben aufgrund des zumeist zweckgebundenen Mitteleinsatzes der zugrundeliegenden Einnahmen bzw. aufgrund geltender gesetzlicher Vorschriften nicht zu realisieren.

Personalausgaben

Um das Ausmaß einer Reduktion der Personalausgaben genauer abschätzen zu können, bestimmen wir zunächst die erforderliche Stellenzahl, die der Freistaat für ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis im Jahr 2030 einsparen müsste. Hierfür berechnen wir den mittleren Ausgabensatz je Stelle auf Basis des Stellenentwicklungsplanes für das Jahr 2020. Den mittleren Ausgabensatz schreiben wir entsprechend der unterstellten Tariflohnsteigerung bis zum Jahr 2030 fort.

Im Ergebnis zeigt sich, dass der Freistaat rund 10 800 Stellen einsparen müsste, um das ermittelte Defizit im Jahr 2030

Abb. 3
Projiziertes Haushaltsergebnis bis zum Jahr 2030 im Basisszenario (in Mrd. Euro)



Quelle: Bauer et al. (2020); Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

zu vermeiden. Dies entspricht etwa einem Neuntel aller für das Jahr 2020 eingeplanten Stellen. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung und den damit einhergehenden Nachbesetzungsschwierigkeiten im öffentlichen Dienst, könnte eine zielgerichtete Stellenreduktion das Haushaltsdefizit zumindest abschwächen.

Politisch ist ein Stellenabbau höchst umstritten. Zur Beurteilung, inwieweit eine Stellenreduktion das öffentliche Leistungsangebots beeinträchtigen könnte, führen wir einen Vergleich des Personalbesatzes im öffentlichen Dienst des Freistaates mit anderen Bundesländern durch (vgl. auch Bauer und Ragnitz 2018). Basis der Untersuchung ist dabei die Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes (2018) zum 30. Juni 2017.⁵ Wir ziehen das in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) gemessene Personal heran. Da sich die Höhe des drittmittelfinanzierten Personals nicht präzise ermitteln lässt, bleiben die Bereiche Hochschulen/Hochschulkliniken sowie Landeskrankenhäuser bei diesem Benchmarking-Vergleich unberücksichtigt.⁶

Als Vergleichsmaßstab für ein Personalbenchmarking werden die westdeutschen Flächenländer herangezogen. Die Normierung erfolgt für fast alle Aufgabenbereiche entsprechend gängiger Vorgehensweise anhand der Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2017 (Fall a). Lediglich im Schulbereich hat sich die Zahl der Schüler anstelle der Einwohnerzahl als relevante Bezugsgruppe etabliert.⁷

Im Ergebnis unserer Berechnungen ergibt sich für den Freistaat ein Personalmehrbesatz von 14 239 VZÄ im Jahr 2017 (vgl. Tab. 1, Fall a). Rechnet man den Personalbestand und Hochschulen, Hochschulkliniken und Krankenhäuser heraus, verbleiben 7 102 VZÄ.⁸

Tab. 1
Personalmehrbesatz Sachsens gegenüber den westdeutschen Flächenländern auf Landesebene (in Vollzeitäquivalenten)

(a) Personalmehrbesatz 2017 mit der Einwohnerzahl und Schülerzahl als Bedarfsindikator ^a	
Insgesamt	14 239
ohne Hochschulen und Krankenhäuser	7 102
(b) Personalmehrbesatz 2030 mit der künftigen Einwohnerzahl und Schülerzahl als Bedarfsindikator ^a	
Insgesamt	18 537
ohne Hochschulen und Krankenhäuser	10 590

Anmerkung: Personal auf der Landesebene in den Kern- und Extrahaushalten. a) Für den Schulbereich verwenden wir die Schülerzahl als Bedarfsindikator. Sonstige Ausgabenbereiche werden mit der Einwohnerzahl normiert.

Quelle: Bauer et al. (2020); Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Die künftige Einwohnerentwicklung dürfte den Personalbedarf in Sachsen zusätzlich verringern: Bis zum Jahr 2030 wird die Einwohnerzahl in Sachsen um schätzungsweise 2,5% zurückgehen, während sie in den westdeutschen Flächenländern um 1,2% zulegen dürfte (vgl. Statistisches Bundesamt 2019). Berücksichtigt man darüber hinaus die voraussichtliche Schülerzahl⁹ im Jahr 2030, so beläuft sich der rechnerische Personalmehrbesatz auf der Landesebene (ohne Hochschulen und Krankenhäuser) sogar auf knapp 10 600 VZÄ (vgl. Fall b).

Das Personalbenchmarking deutet somit auf erhebliche Einsparpotenziale, aber auch -notwendigkeiten im Personalbereich des Freistaates Sachsen hin. Diese lassen sich realisieren, ohne dass damit Quantität oder Qualität der Aufgabenerfüllung unter das Niveau der westdeutschen Bundesländer fallen müsste.

Sonstige Ausgaben

Neben den Personalausgaben könnte der Freistaat ebenfalls eine Reduktion der Sonstigen Ausgaben in Betracht ziehen. Möglichkeiten innerhalb dieser Ausgabenkategorie bieten sich ihm hier zum einen durch die Einschränkung von Förderprogrammen oder der Verringerung von investiven Ausgaben. Angesichts der ungewissen Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums ist ersteres zwar nicht uneingeschränkt zu empfehlen; allerdings zeigen die Ergebnisse der „Kommission zur Verbesserung und Vereinfachung von Förderverfahren im Freistaat Sachsen“ auch, dass hier durchaus noch Effizienzpotenziale existieren (SMF 2019). So könnten bspw. Programme gestrichen werden, die keine klare Zielrichtung verfolgen oder deren Wirkung unsicher ist; zudem können Programme, die sich auf ähnliche Ziele richten, integriert und damit kostengünstiger fortgeführt werden. Allerdings handelt es sich bei den hierfür in Frage kommenden Fördermaßnahmen zumeist nur um Programme mit einem geringen Mittelvolumen, sodass die Möglichkeiten zur Ausgabeneinsparung beschränkt sein dürften.

Die öffentlichen Investitionen sind einer der wenigen Bereiche, in denen die Länder zumindest begrenzte eigene Gestaltungsspielräume besitzen. In der Vergangenheit war es das Ziel der sächsischen Landespolitik, mittels einer überdurchschnittlich hohen Investitionsquote im Staatshaushalt die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates zu stärken. In unserer Projektionsrechnung unterstellen wir, dass die Investitionsquote auch in Zukunft auf dem heutigen Niveau verbleiben soll. Eine Abweichung von dieser Zielstellung könnte die für das Jahr 2030 festgestellte Lücke zwischen prognostizierten Einnahmen und Ausgaben auch dadurch abbauen, dass der Freistaat seine Investitionstätigkeit einschränkt. Ganz frei ist die Landespolitik aber auch hierbei nicht: Zum einen sind staatliche Investitionen notwendig, um die Qualität eines Landes als Wohn- und Gewerbestandort zu sichern. Zum anderen umfasst ein nicht unbeträchtlicher Teil der öffentlichen Investition auf der Landesebene Zuweisungen Dritter. Diese sind insbesondere durch den Bund bzw. die EU finanziert, werden jedoch über den Landeshausalt abgerechnet. Ein Konsolidierungsbeitrag für den Landeshausalt ist hier also lediglich in Höhe einer etwaigen Kofinanzierung dieser drittmittelfinanzierten Investitionen zu erreichen.

FAZIT UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Bleiben die Ausgaben ihrem Inhalt nach und der gegenwärtige Personalbestand in Zukunft konstant, erhöhen sich die Ausgaben vom heutigen Niveau (20,9 Mrd. Euro) bis zum Jahr 2030 auf 25,4 Mrd. Euro. Diese Entwicklung ist vor allem eine Folge höherer Ausgaben für Personal und gesetzliche Leistungen. Die Einnahmen werden demgegenüber nur auf 24,3 Mrd. Euro steigen. Es verbleibt also eine Finanzierungslücke von rund 1,0 Mrd. Euro im Endjahr unserer Projektion.

Da ein erheblicher Teil der Ausgaben des Freistaates gesetzlich gebunden ist, kommen für die Schließung dieser Deckungslücke nur die Personalausgaben bzw. die freiwilligen Ausgaben für Investitionen und Förderung in Frage. Kürzungen bei Letzteren widersprechen allerdings dem politischen

Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat zu stärken. Dies spricht dafür, insbesondere die Personalkosten in den Blick zu nehmen: Die ermittelte Deckungslücke entspricht unter den getroffenen Annahmen zur Tariflohnentwicklung einer Gesamtzahl von rund 10 800 Stellen. Dies entspricht etwa einem Neuntel des heutigen Stellenbestands. Ein Stellenabbau in dieser Größenordnung lässt sich im Zuge altersbedingter Personalabgänge problemlos erreichen, bedarf aber politischer Durchsetzungskraft. Eine Einschränkung des öffentlichen Leistungsangebots muss damit allerdings nicht zwangsläufig verbunden sein, da der Freistaat ohnehin einen (rechnerischen) Personalmehrbesatz gegenüber den westdeutschen Flächenländern aufweist, der sich im Jahr 2030 auf ungefähr 10 600 Stellen beläuft. Möglichkeiten der Personaleinsparung lassen sich überdies wohl auch durch verstärkte Digitalisierung von Verwaltungsprozessen schaffen. Hinzu kommt schließlich, dass das benötigte Personal am Markt ohnehin nur schwer zu gewinnen sein wird: Laut Schätzung der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts dürfte sich die Anzahl an nichtbesetzbaren Stellen im öffentlichen Dienst im Jahr 2030 auf 18 000 Stellen belaufen (vgl. Bauer et al. 2018b).

Alles in allem zeigt unsere Analyse dringenden Handlungsbedarf auf. Um auch künftig fiskalisch solide zu wirtschaften, lässt sich das aktuell durch Rücklagenentnahmen aufgeblähte Haushaltsvolumen nicht aufrechterhalten. Auch wenn politischer Widerstand zu erwarten ist, müssen insbesondere die Personalplanungen in den Blick genommen werden, um Einnahmen- und Ausgabenentwicklung wieder ins Lot zu bringen. Es ist nicht davon auszugehen, dass hiervon negative Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung ausgehen werden.

LITERATUR

Bauer, D., Ochsner, C. und J. Ragnitz (2018a), Strategien für die bestmögliche Ausstattung mit und Nutzung von Fördermitteln nach 2020, ifo Dresden Studien 82, ifo Institut, München/Dresden.

Bauer, D. und J. Ragnitz (2018), „Hat Sachsen zu viel öffentliches Personal? Warum ein Vergleich mit anderen Bundesländern in die Irre führen kann“, ifo Dresden berichtet 25 (04), S. 3–10.

Bauer, D., Ragnitz, J., Sonnenburg, J. und M. Weber (2018b), Personalbedarfe im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen bis 2030 und Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft, ifo Dresden Studien 81, ifo Institut, München/Dresden.

Bauer, D., Ragnitz, J. und J. Sonnenburg (2020), Tragfähigkeit des sächsischen Haushalts – Eine Projektionsrechnung bis zum Jahr 2030, ifo Dresden Studien 85, ifo Institut München/Dresden.

Gillmann, N., Lehmann, R., Nauwerth, J. A., Ponattu, D., Ragnitz, J., Sonnenburg, J. und M. Weber (2019), Wachstum und Produktivität 2035: Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer, Produktivität für Inklusives Wachstum 03, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

KMK – Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2018), Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2016 bis 2030, Berlin.

SMF – Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (Hrsg.) (2018), Einzelpläne des Doppelhaushaltes 2019/2020, online verfügbar unter <https://www.finanzen.sachsen.de/doppelhaushalt-2019-2020-3973.html>, abgerufen am 10. Mai 2018.

SMF – Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (Hrsg.) (2019), Bericht der „Kommission zur Vereinfachung und Verbesserung von Förderverfahren im Freistaat Sachsen“, Abschlussbericht Mai 2019, Dresden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2018), Steuern und Finanzen – Personal des öffentlichen Dienstes, Jahr 2017, Fachserie 11, Reihe 4.1, erschienen am 31. August 2018, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019), Bevölkerungsentwicklung bis 2060, Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Variante 2 nach Ländern, erschienen am 27. Juni 2019, Wiesbaden.

-
- 1 Den Ausgangspunkt dieses Ergebnisses bildet der zum 14. Dezember 2018 beschlossene sächsische Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (vgl. SMF 2018).
 - 2 Der vorliegende Beitrag ist die gekürzte Fassung der Studie von Bauer et al. (2020), die im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen (SMF) durchgeführt wurde, vgl. Bauer et al. (2020).
 - 3 Eine ausführliche Darstellung der für die Projektionsrechnung zugrundeliegenden Methode geben Bauer et al. (2020).
 - 4 Ein unteres wie auch ein oberes Szenario findet sich in Bauer et al. (2020).
 - 5 Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie lagen uns keine aktuelleren Angaben vor.
 - 6 Die Hochschulstatistik lässt zwar eine Differenzierung nach drittmittelfinanziertem und stellenplanfinanziertem Personal bei den Hochschulen zu. Es liegen jedoch keine Angaben in VZÄ vor. Eine Vergleichbarkeit mit den Angaben der Personalstandstatistik ist daher nicht gegeben.
 - 7 In ähnlicher Weise ließe sich argumentieren, dass im Bereich der Hochschulen statt der Einwohnerzahlen eher die Zahl der Studierenden als Normierungsgröße herangezogen werden sollte; allerdings haben die Hochschulen neben der Lehre auch einen Forschungsauftrag. Da der Hochschulbereich wegen der angesprochenen Drittmittelproblematik ohnehin besser nicht berücksichtigt werden sollte, wird von dieser Relativierung hier abgesehen.
 - 8 Werte ohne Einbezug des Hochschul- und Krankenhauspersonals.
 - 9 Die Prognose der Schülerzahlen beruht auf der offiziellen Schätzung der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2018 (KMK 2018), wurde jedoch um die Effekte der Veränderung der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bereinigt. Dies führt zu einer deutlichen Aufwärtskorrektur der prognostizierten Schülerzahlen für das Jahr 2030.

Katharina Heisig*

Wohin es die Deutschen im Sommer 2020 nach dem Shutdown zieht¹

Eine Analyse mit Google Trends zeigt im Sommer 2020 durch die Coronakrise bedingte Verschiebungen in der Urlaubsplanung der Deutschen. Suchanfragen für Urlaubsreisen innerhalb Deutschlands haben sich auf das Vorkrisenniveau erholt oder zeigen sogar einen starken Anstieg, der in manchen Fällen das Doppelte des saisonal Üblichen erreicht. Fraglich ist jedoch, ob der Zuwachs an deutschen Urlaubern den Mangel an ausländischen Urlaubern in den deutschen Urlaubsregionen ausgleichen kann.

Mit Beginn der Sommerferien in Sachsen und Deutschland hat sich das öffentliche Leben nach dem Shutdown aufgrund von COVID-19 weitgehend normalisiert. Viele Haushalte mussten jedoch ihre Urlaubspläne ändern oder aufschieben. Möglicherweise unterscheiden sich daher die Urlaubsdestinationen im Sommer 2020 von früheren Jahren. Dieser Artikel zeigt, ob die Deutschen den Sommerurlaub 2020 auf „Balkonien“ verbringen und ob sich die bevorzugten Urlaubsdestinationen eher im Inland befinden. Im Folgenden wird das mittels Google Trends geschätzte Urlaubsinteresse der Deutschen an ausgewählten beliebten Destinationen dargestellt.

Infobox: Daten und Methodik

„Google Trends“ liefert auf Basis von in der Suchmaschine genutzten Suchbegriffen Hinweise zu Veränderungen in den möglichen Urlaubsdestinationen. Das Google-Tool wird u. a. für Konjunkturprognosen verwendet (vgl. z. B. Bulut 2017), und kam auch bereits im Rahmen von Forschungsarbeiten zu COVID-19 zum Einsatz (vgl. z. B. Walker et al. 2020). Von Google Trends wird erfasst, wie oft bestimmte Suchbegriffe von Google-Nutzern in die Suchmaschine eingegeben werden. Der Zeitpunkt mit dem höchsten Suchvolumen eines bestimmten Begriffs in einem frei wählbaren Zeitraum wird auf 100 normiert. Ausgehend davon wird die relative Beliebtheit des Begriffs über den gesamten Zeitraum berechnet. Ein Wert von 50 weist dementsprechend darauf hin, dass der Begriff halb so oft gesucht wurde wie zum Zeitpunkt seiner höchsten Beliebtheit. Aussagen über die absolute Anzahl der Suchen lassen sich daher nicht treffen. Zusätzlich kann die Beliebtheit von gleichzeitig maximal fünf Suchbegriffen miteinander verglichen werden. Damit kann analysiert werden, wie sich die Beliebtheit von Urlaubsorten im Zeitvergleich und im Vergleich untereinander im Zuge der Coronakrise entwickelt hat.

DEUTSCHE STÄDTE SIND MOMENTAN BESONDERS BELIEBT

Abbildung 1 zeigt das Interesse der Deutschen an Städteurlauben in Deutschland und im Ausland. Im oberen Panel wird ersichtlich, dass das Interesse der Deutschen an Urlaubsreisen nach Dresden im März und April 2020 nur etwas geringer als in den Vorjahresmonaten war. Anfang Juli 2020 hat es sich jedoch im Vergleich zu den Vorjahreszeiträumen wieder fast vollständig erholt. Auch das Interesse an Urlaubsreisen in andere deutsche Großstädte hat sich bis Anfang Juli 2020 erholt und liegt für Berlin und Hamburg sogar über dem Interesse im Vergleichszeitraum – möglicherweise ein Nachholeffekt.

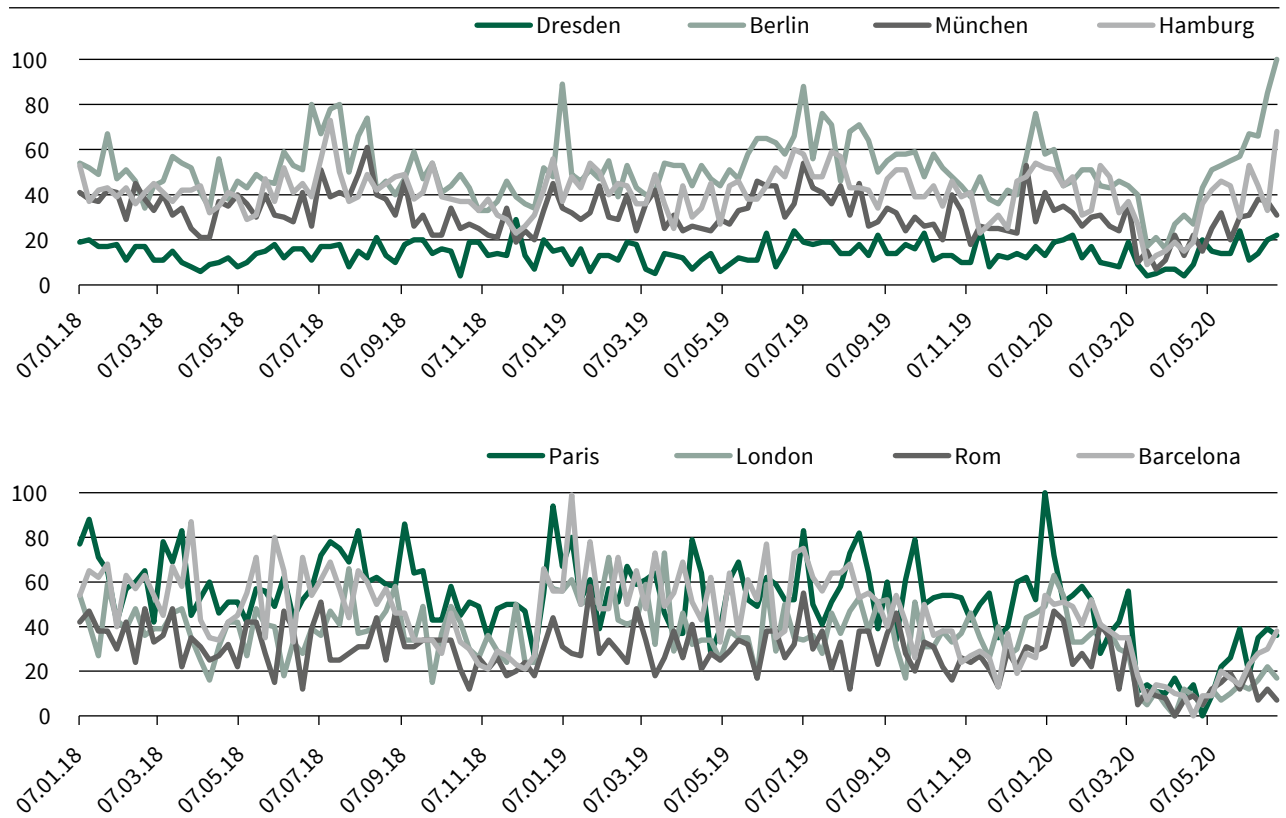
Das untere Panel betrachtet internationale Großstädte als Urlaubsziele der Deutschen. Für diese ist während des Shutdowns ein deutlicher Rückgang in den Suchanfragen zu beobachten, der für alle dargestellten Städte auf nahe Null fällt. Im Vergleich zum Interesse an Städtereisen innerhalb Deutschlands hat sich das Interesse an Städtereisen außerhalb Deutschlands noch nicht auf das Vorkrisenniveau erholt.

DIE DEUTSCHEN ZIEHT ES ANS WASSER

Abbildung 2 zeigt das Interesse der Deutschen an Urlaub am Meer in Deutschland und im Ausland. Alle dargestellten Regionen haben während des Shutdowns von März bis Mai 2020 weniger Suchvolumen generiert als in den vorherigen Jahren in den gleichen Monaten. Nach Lockerung der Maßnahmen haben alle Regionen, insbesondere die Ostsee, Kroatien und die Türkei als potenzielle Urlaubsorte stark an Beliebtheit zugenommen. Der Nachholeffekt führt dazu, dass das Suchaufkommen ca. doppelt so hoch ist wie in den Vergleichsmonaten der Jahre 2018 und 2019. Kroatien scheint als Land mit einer ursprünglich relativ geringen Anzahl an Covid-19-Erkrankungen besonders attraktiv für diejenigen zu sein, die es im Sommer 2020 ans Meer zieht. Auch die Nordsee hat am aktuellen Rand als Urlaubsort eine größere Beliebtheit erreicht als in den Sommermonaten 2018 und 2019.

* Katharina Heisig ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1
Interesse der Deutschen an Urlaub in Städten

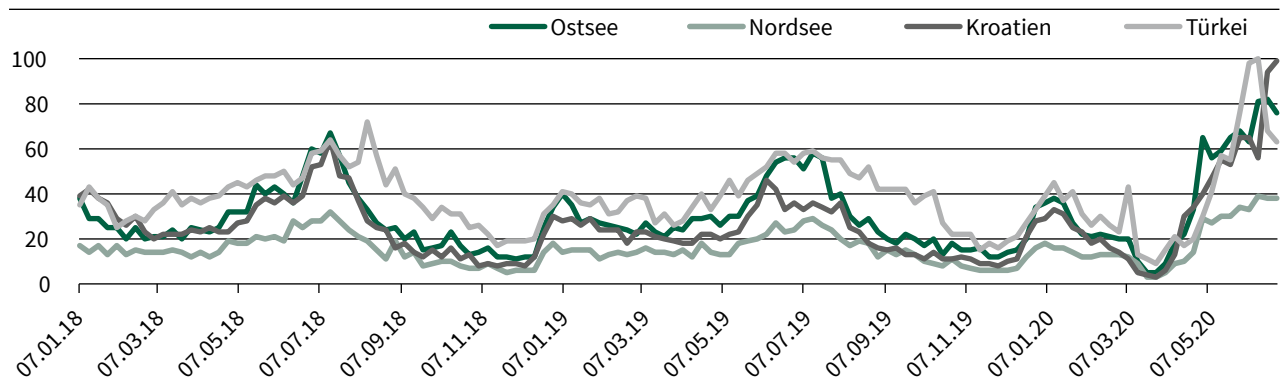


Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Beliebtheit von verschiedenen Städtereisen in Sachsen, Deutschland und im Ausland. Verwendet wurden die Suchbegriffe „Stadt x Urlaub“ (bspw. „Dresden Urlaub“). Die Suchbegriffe „Stadt x Hotel“ wurden nicht genutzt, da diese auch Dienstreisen beinhalten und einen wesentlich stärkeren Einbruch verzeichnen. Der Zeitraum der Betrachtung wurde auf den 1. Januar 2018 bis zum 4. Juli 2020 festgelegt, um Vergleiche zwischen den Folgen der Coronakrise und den entsprechenden Vorjahresmonaten aus zwei Jahren zu ermöglichen. Ausgehend von dem Zeitpunkt mit der höchsten Beliebtheit des beliebtesten Suchbegriffs (normiert auf 100) wird die Beliebtheit der anderen Suchbegriffe in Relation gesetzt.

Quelle: Google Trends (2020); Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2
Interesse der Deutschen an Urlaub am Meer



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Beliebtheit von verschiedenen Urlaubsregionen am Meer in Deutschland und im Ausland. Verwendet wurden die Suchbegriffe „Region x Urlaub“ (bspw. „Ostsee Urlaub“). Der Zeitraum der Betrachtung wurde auf den 1. Januar 2018 bis zum 4. Juli 2020 festgelegt, um Vergleiche zwischen den Folgen der Coronakrise und den entsprechenden Vorjahresmonaten aus zwei Jahren zu ermöglichen. Ausgehend von dem Zeitpunkt mit der höchsten Beliebtheit des beliebtesten Suchbegriffs (normiert auf 100) wird die Beliebtheit der anderen Suchbegriffe in Relation gesetzt.

Quelle: Google Trends (2020); Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Betrachtet man die meisten größeren Inseln in der Ost- und Nordsee sowie Deutschlands größere Seen (Bodensee, Chiemsee, Mecklenburgische Seenplatte), so weisen diese einen ähnlichen Sprung in der Beliebtheit um ca. das Doppelte am aktuellen Rand auf. Dies ist jedoch für internationale Urlaubsziele (z. B. Gardasee) nicht der Fall. Auch landschaftlich besonders abwechslungsreiche innerdeutsche Erholungsgebiete (z. B. der Spreewald) verzeichnen nach dem Ende des Shutdowns einen starken Sprung in der Beliebtheit um ca. das Doppelte.

SOMMERURLAUB IN HIESIGEN GEBIRGEN IST BELIEBTER ALS IN DEN JAHREN ZUVOR

Abbildung 3 zeigt das Interesse der Deutschen an Urlaub im Gebirge in Sachsen und Deutschland. Die Coronakrise hat insbesondere das Interesse an Urlaub in der Sächsischen Schweiz, dem Harz und dem Schwarzwald deutlich verringert, das Interesse an Urlaub im Erzgebirge weniger. Am aktuellen Rand weisen die Sächsische Schweiz, der Harz und der Schwarzwald im Vergleich zu den Vorjahresmonaten 2018 und 2019 einen massiven Anstieg im Interesse auf. Auch das Erzgebirge findet ein gesteigertes Interesse unter der deutschen Bevölkerung, das sich auf das Vorkrisenniveau erholt hat bzw. etwas darüber liegt.

FAZIT

Der Urlaub der Deutschen sieht im Sommer 2020 anders aus, als in den Jahren zuvor. Die meisten scheinen dabei stärker an regionalen Urlaubs- und Erholungsgebieten interessiert zu sein als an Städten und Regionen außerhalb Deutschlands. Ob der Zuwachs an deutschen Urlaubern den Mangel an ausländischen Urlaubern in den deutschen Urlaubsregionen ausgleichen kann, kann mit dieser Analyse allerdings nicht beantwortet werden.

LITERATUR

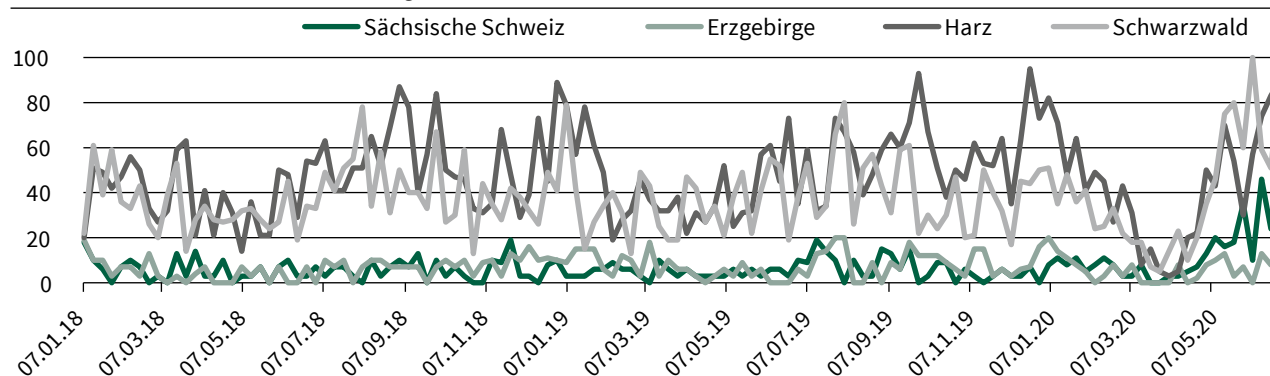
Bulut, L. (2017), „Google Trends and the forecasting performance of exchange rate models“, *Journal of Forecasting*, 37(3), S. 303–315, doi:10.1002/for.2500.

Google Trends (Hrsg.) (2020), <https://www.google.com/trends>.

Walker, A., Hopkins, C. und P. Surda (2020), The Use of Google Trends to investigate the loss of smell related searches during COVID-19 outbreak, *International Forum of Allergy & Rhinology*, 11 Apr 2020, doi:10.1111/alf.22580.

1 In diesen Aufsatz flossen Teilergebnisse eines Projektes zu den Auswirkungen der Coronakrise auf die sächsische Wirtschaft ein, welches die ifo Niederlassung Dresden von Mai bis August 2020 für die Sächsische Staatskanzlei erstellte.

Abb. 3
Interesse der Deutschen an Urlaub im Gebirge



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Beliebtheit von verschiedenen Urlaubsregionen in Gebirgsregionen in Sachsen und Deutschland. Verwendet wurden die Suchbegriffe „Urlaubsgebiet x Urlaub“ (bspw. „Sächsische Schweiz Urlaub“). Der Zeitraum der Betrachtung wurde auf den 1. Januar 2018 bis zum 4. Juli 2020 festgelegt, um Vergleiche zwischen den Folgen der Coronakrise und den entsprechenden Vorjahresmonaten aus zwei Jahren zu ermöglichen. Ausgehend von dem Zeitpunkt mit der höchsten Beliebtheit des beliebtesten Suchbegriffs (normiert auf 100) wird die Beliebtheit der anderen Suchbegriffe in Relation gesetzt.

Quelle: Google Trends (2020); Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

David Bauer und Stefanie Knoll*

Beschäftigungsabbau im Freistaat Sachsen im Zuge der Coronakrise: Ballungszentren am stärksten betroffen¹

Mit Beginn der Coronapandemie trat der im Freistaat Sachsen sonst zum Frühjahr zu erwartende Beschäftigungsaufbau nicht ein. Stattdessen wurden während der Coronakrise auf der einen Seite deutlich mehr Beschäftigte arbeitslos. Auf der anderen Seite nahmen merklich weniger Arbeitslose eine Beschäftigung auf. Alle sächsischen Kreise und kreisfreien Städte sind hiervon betroffen – mit einem Schwerpunkt in den Ballungszentren.

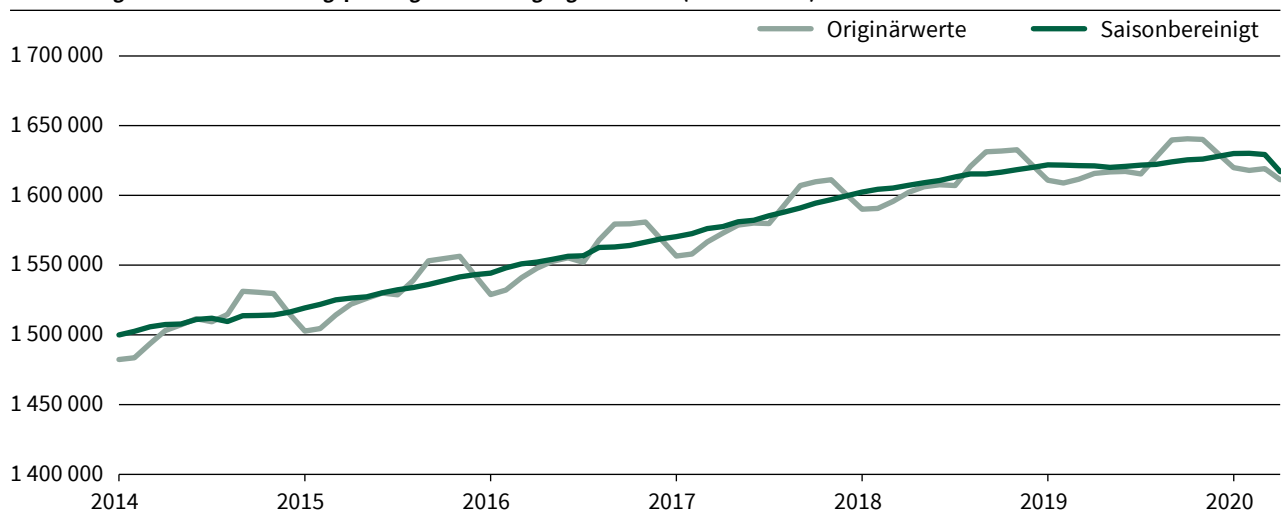
Die Coronapandemie wirft die Entwicklungen am sächsischen Arbeitsmarkt aus der gewohnten Bahn. Anders als saisonal üblich nahm die Beschäftigung² im Freistaat Sachsen mit dem Frühjahresbeginn nicht zu; stattdessen sank sie. Zwei Gründe sind hierfür ursächlich: Einerseits verloren deutlich mehr Erwerbstätige ihre Beschäftigung und gingen in die Arbeitslosigkeit über als in den Vorjahresmonaten. Andererseits fanden deutlich weniger Arbeitslose als sonst zurück in eine Beschäftigung. Infolgedessen nahm die Beschäftigung in Sachsen deutlich ab. Ein genauerer Blick auf die Kreise und kreisfreien Städte im Freistaat Sachsen zeigt darüber hinaus, dass in der Coronakrise ausnahmslos alle Regionen von höheren Zugängen von Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit betroffen sind. Besonders stark trifft es die kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig. In diesem Beitrag betrachten wir diese Arbeitsmarktentwicklungen im Detail.

MIT DER PANDEMIE KNICKT DIE BESCHÄFTIGUNG NACH UNTEN AB

Den Ausgangspunkt unserer Betrachtung bildet der, für Deutschland bzw. Sachsen unübliche Beschäftigungsabbau von März 2020 auf April 2020. Dieser beruht zu einem Teil auf stärkeren Beschäftigungsabgängen, sei es durch Entlassungen, Kündigungen oder der Aufgabe einer selbständigen Tätigkeit. Zum anderen kam es zu weniger Neueinstellungen, und auch die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit scheint in Krisenzeiten weniger attraktiv. Beides zusammen hat dazu geführt, dass der typischerweise mit Beginn des Frühjahres eintretende Beschäftigungsaufbau gedämpft bzw. umgekehrt wurde (vgl. Abb. 1).³ Zwar nahm die Beschäftigung in Sachsen zwischen Februar und März 2020 noch um knapp 1 400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB) zu, kurz

* David Bauer ist Doktorand und Stefanie Knoll ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1
Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Sachsen (2014 bis 2020)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2020b); Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

nach dem Lockdown ging sie im April 2020 jedoch um rund 8 000 SVB zurück. Gegenüber dem Vorjahresmonat war die Zahl der SVB im April um 0,3% geringer. Saisonbereinigt nahm die Zahl der SVB in Sachsen bereits im März 2020 leicht ab und fiel dann im April um 0,7% auf den Wert von Oktober 2018 zurück.

MEHR ARBEITSLOSENZUGÄNGE AUS BESCHÄFTIGUNG MIT DER KRISE

Der Beschäftigungsabbau während der Coronakrise geht mit höheren Zugängen in die Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung einher (vgl. Abb. 2).⁴ Im April 2020 sind mit 14 200 Personen gut 5 100 Erwerbstätige mehr in die Arbeitslosigkeit gegangen als im Vorjahresmonat April 2019. Auch der Monat Mai 2020 bewegte sich mit 10 100 Zugängen in Arbeitslosigkeit um knapp 1 500 Personen über dem typischen Saisonmuster. Im Juni 2020 lagen die Zugänge in Arbeitslosigkeit mit 7 900 Personen nochmals um etwa 100 Personen unter dem Wert des Vorjahresmonats. Alles in allem gingen zwischen April und Juni 2020 in Sachsen rund 6 500 mehr Beschäftigte und Selbstständige in die Arbeitslosigkeit als im Vorjahreszeitraum.

Auch saisonbereinigt geht mit der Coronapandemie ein erheblicher Anstieg der Zugänge in die Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung einher. Im April 2020 waren 15 500 Zugänge in die Arbeitslosigkeit zu verzeichnen – knapp 5 800 mehr als im März. In den Monaten Mai und Juni 2020 ging der Zugang an Arbeitslosen nach und nach zurück und lag saisonbereinigt mit etwa 10 100 noch leicht Vorkrisenniveau.

WENIGER ARBEITSLOSENABGÄNGE IN BESCHÄFTIGUNG MIT DER KRISE

Neben höheren Zugängen wird die Entwicklung der sächsischen SVB auch durch geringere Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit negativ beeinflusst (vgl. Abb. 3). Spiegelbildlich zur Abbildung 2 verlassen im April 2020 mit knapp 7 200 Personen etwa 4 900 Personen weniger die Arbeitslosigkeit als noch im April 2019. Auch im Mai 2020 war

die Zahl der Abgänge aus Arbeitslosigkeit mit 6 500 um etwa 3 300 niedriger als im Vorjahresmonat. Mit etwa 7 500 Personen haben im Juni 2020 verglichen zum Vorjahresmonat rund 900 Erwerbstätige weniger eine Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt aufgenommen. Insgesamt verzeichnete der Freistaat Sachsen zwischen April und Juni 2020 rund 9 000 weniger Abgänge aus Arbeitslosigkeit als im Vorjahreszeitraum.

Auch unter Berücksichtigung der typischen saisonalen Schwankungen zeigt sich ein starker Einbruch in den Abgängen aus der Arbeitslosigkeit im Zuge der Coronakrise. So haben im April 2020 mit 5 200 Personen fast 3 100 Personen weniger eine Erwerbstätigkeit aufgenommen als noch im März 2020. Eine leichte Erholung zeigte sich aber im Mai 2020, als gut 500 Personen mehr als im Vormonat in Beschäftigung bzw. Selbstständigkeit gingen. Im Juni 2020 kehrten die Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit mit etwa 8 000 Personen fast auf das Niveau vor der Coronakrise zurück.

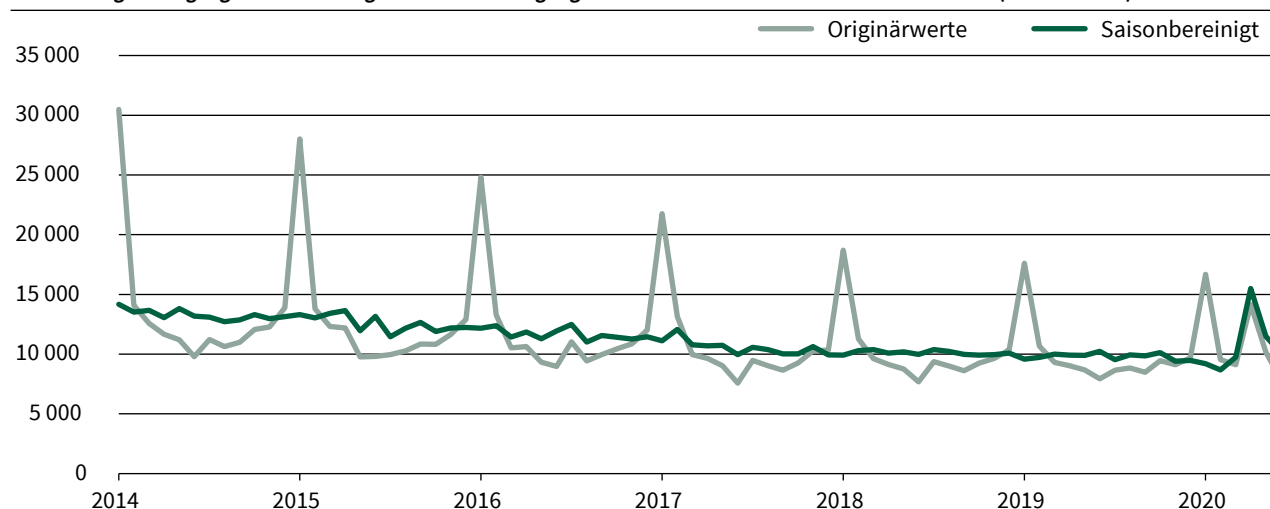
STÄRKSTE BETROFFENHEIT IN DEN BALLUNGSZENTREN SACHSENS

Auf Ebene der sächsischen Kreise und kreisfreien Städte ist der Arbeitsmarkt flächendeckend von der Coronakrise betroffen. Abbildung 4 gibt diese Betroffenheiten wieder. Dargestellt ist die Veränderung des mittleren Nettozugangs an Arbeitslosen aus Beschäftigung⁵ pro Monat während der Coronakrise gegenüber dem Vorkrisenniveau, die an den SVB der jeweiligen Regionen gemessen wird.⁶ Entsprechend lässt sich hieraus der Anteil der SVB ablesen, die mit der Coronakrise zusätzlich arbeitslos wurden.

Sowohl in Sachsen als auch in Deutschland insgesamt hat der mittlere Nettozugang an Arbeitslosen in der Coronakrise deutlich zugenommen. Saisonbereinigt gehen in der Coronakrise etwa 0,32% der SVB mehr in die Arbeitslosigkeit als vor der Krise (D: 0,33% mehr). Eine besondere Betroffenheit zeigt sich in den sächsischen Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig und darüber hinaus im Landkreis Leipzig. Dort werden im Zuge von Corona zwischen 0,34% bis 0,56% der SVB zusätzlich arbeitslos.

Abb. 2

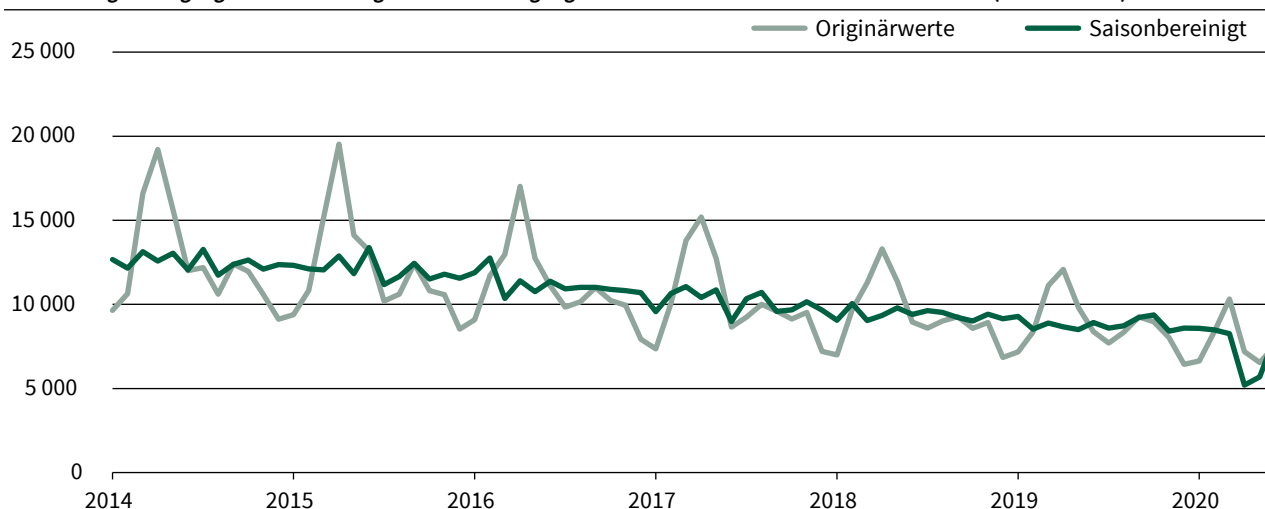
Entwicklung der Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt im Freistaat Sachsen (2014 bis 2020)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2020a); Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

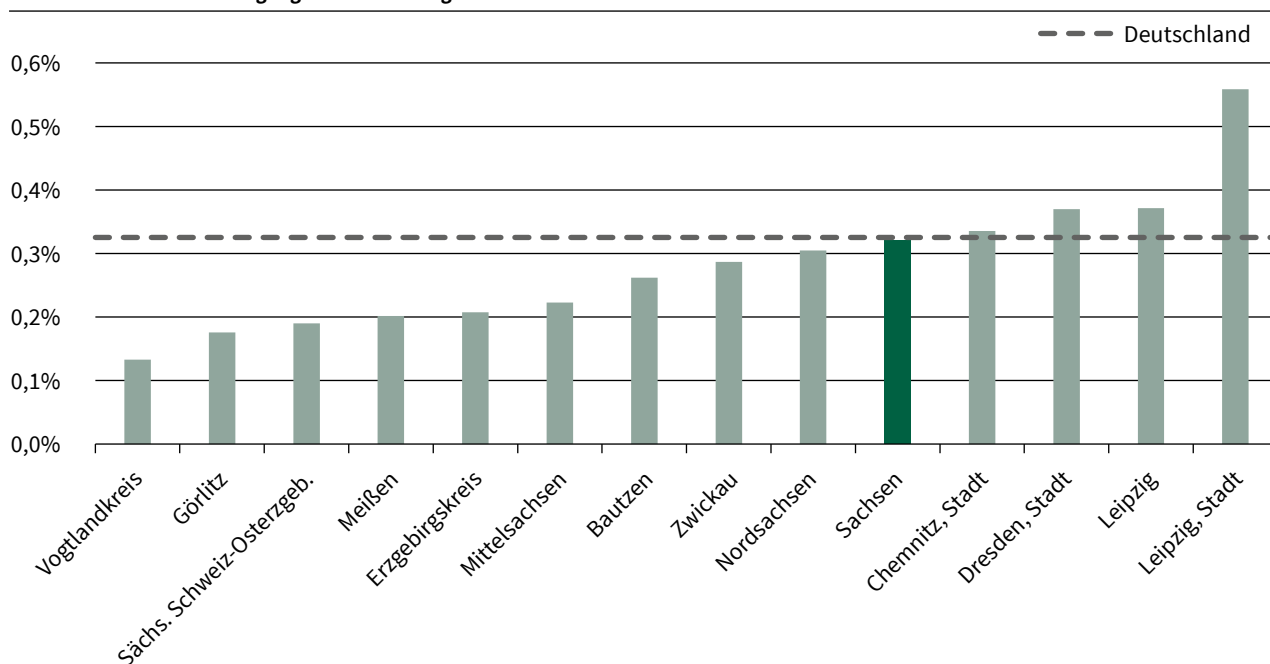
Abb. 3
Entwicklung der Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt im Freistaat Sachsen (2014 bis 2020)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2020a); Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 4
Betroffenheit der Beschäftigung von Arbeitslosigkeit während der Coronakrise



Anmerkung: Berechnung des Betroffenheitsmaßes einer Region: Differenz zwischen dem mittleren Nettozugang an Arbeitslosen pro Monat während der Coronakrise und dem mittleren Nettozugang an Arbeitslosen pro Monat vor der Coronakrise im Verhältnis zu den SVB. Der mittlere Nettozugang an Arbeitslosen während der Coronakrise ergibt sich als Durchschnitt der Nettozugänge aus den Monaten April bis Juni 2020. Als Vorkrisenzeitraum für den mittleren Arbeitslosenzugang fungieren die Monate Oktober 2019 bis März 2020. Für beide Zeiträume werden die saisonbereinigten Werte für den Zugang in sowie den Abgang aus Arbeitslosigkeit verwendet (vgl. Abb. 2 und 3).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2020a); Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Geringe Veränderungen zeigen sich hingegen im Vogtlandkreis sowie im Landkreis Görlitz. Hier werden mit etwa 0,13% bis 0,17% der SVB mehr Personen arbeitslos als vor der Krise.

FAZIT

Die Coronakrise hat im Frühjahr eine deutliche Abwärtsbewegung der sächsischen Beschäftigungszahlen ausgelöst. Diese

resultiert zum einen aus erhöhten Zugängen in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung, zum anderen aus geringeren Abgängen aus der Arbeitslosigkeit. Während alle Kreise im Freistaat Sachsen von dieser Entwicklung betroffen sind, ist diese besonders stark in den Ballungszentren Chemnitz, Dresden und Leipzig. Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit dürften dabei auch durch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur in den sächsischen Kreisen und

kreisfreien Städten bedingt sein. Weiterhin unterscheidet sich zwischen den Regionen das Risiko für die Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen, in Arbeitslosigkeit zu gehen.

REFERENZEN

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020a), Arbeitsmarktreport, Land Sachsen und Kreise, Tabellen, erschienen im Juni 2020 [sowie Vorgänger-Veröffentlichungen], Nürnberg.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020b), Saisonbereinigte Zeitreihen, Deutschland, West- und Ostdeutschland, Bundesländer, Tabellen, erschienen im Juni 2020, Nürnberg.

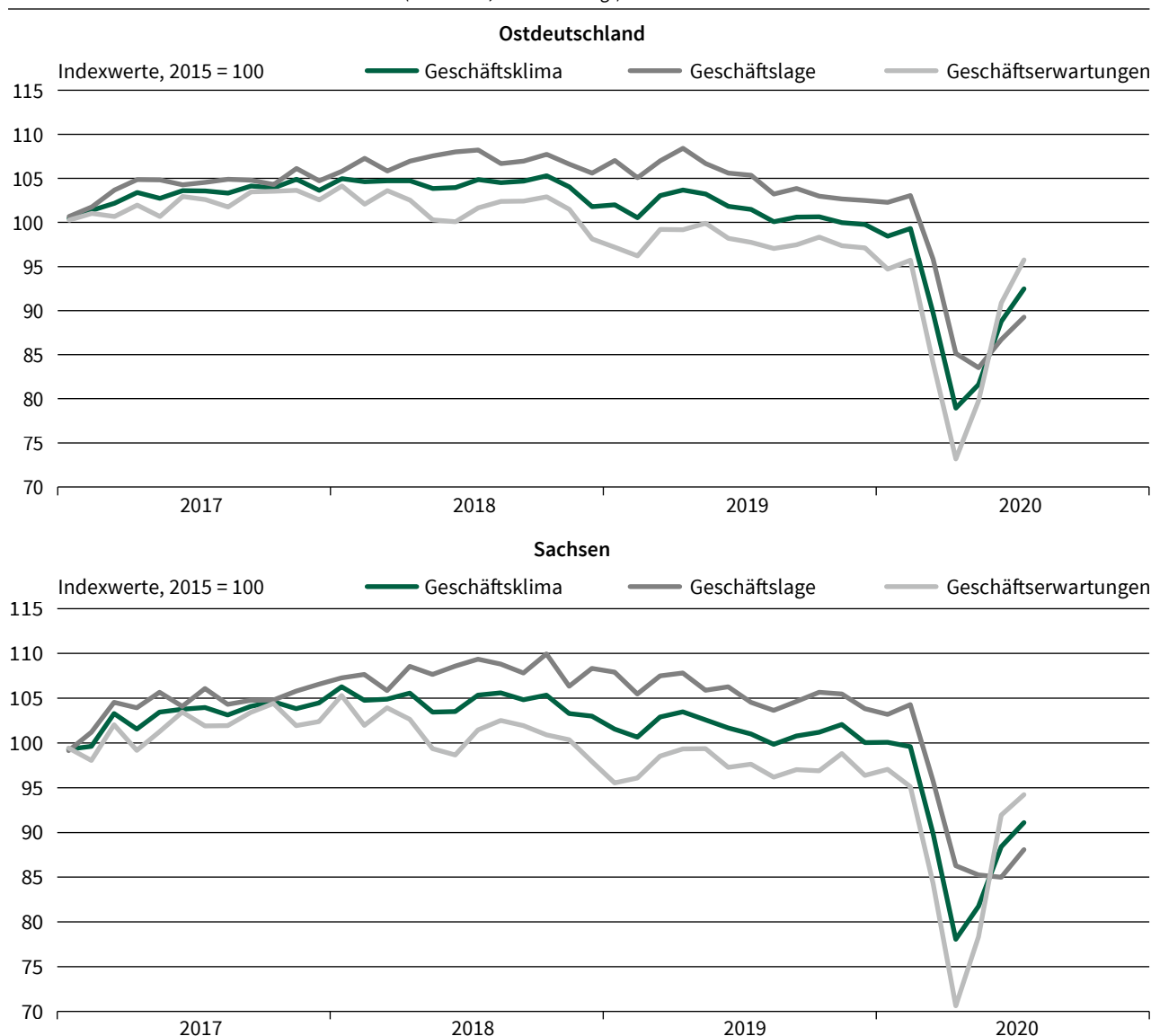
- 1 In diesen Aufsatz flossen Teilergebnisse eines Projektes zu den Auswirkungen der Coronakrise auf die sächsische Wirtschaft ein, welches die ifo Niederlassung Dresden von Mai bis August 2020 für die Sächsische Staatskanzlei erstellte.
- 2 Der Begriff „Beschäftigte“ schließt in diesem Fall die Selbstständigen mit ein.
- 3 Nicht einbezogen ist in Abbildung 1 die Zahl der Selbstständigen, die für die Höhe der Arbeitslosigkeit ebenfalls von Bedeutung ist.
- 4 Bei den Zugängen in die Arbeitslosigkeit werden auch bisher Selbstständige miterfasst.
- 5 Der Nettozugang an Arbeitslosen aus Beschäftigung ist die Differenz zwischen dem Zugang an Arbeitslosen aus Beschäftigung und den Abgang von Arbeitslosen in Beschäftigung.
- 6 Berücksichtigung finden saisonale Schwankungen. Hierzu ist angenommen, dass die Zugänge in Arbeitslosigkeit sowie die Abgänge aus Arbeitslosigkeit auf Kreisebene den saisonbereinigten Zeitreihen aus den Abbildungen 2 und 3 folgen. Als Vorkrisenzeitraum fungiert dabei die Zeit zwischen Oktober 2019 und März 2020. Die Monate April bis Juni 2020 markieren den Zeitraum während der Coronakrise. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags lagen uns für den Bestand der SVB auf der Kreisebene nur Daten bis Dezember 2019 vor.

Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmer werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1
ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)

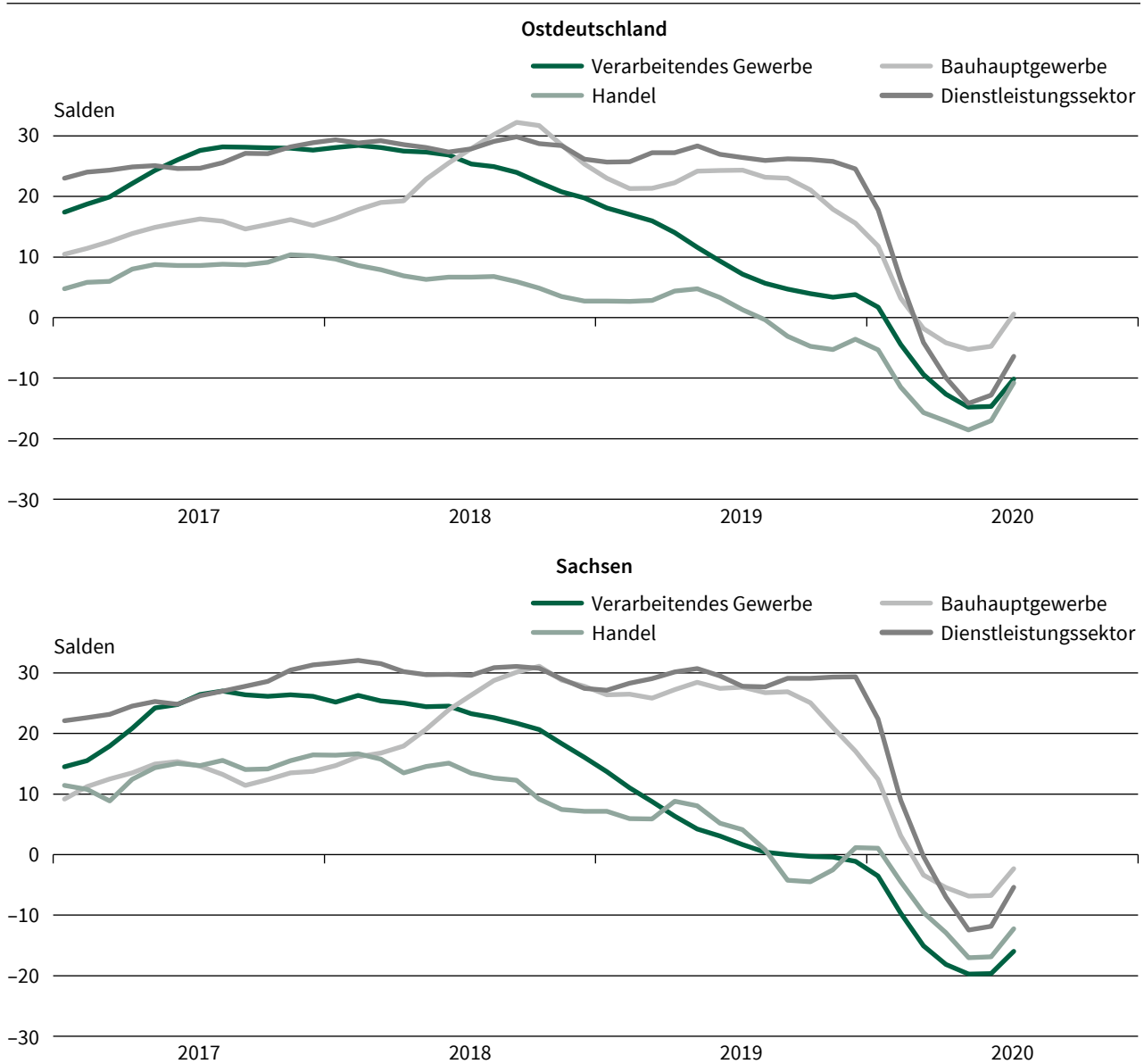


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2020.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

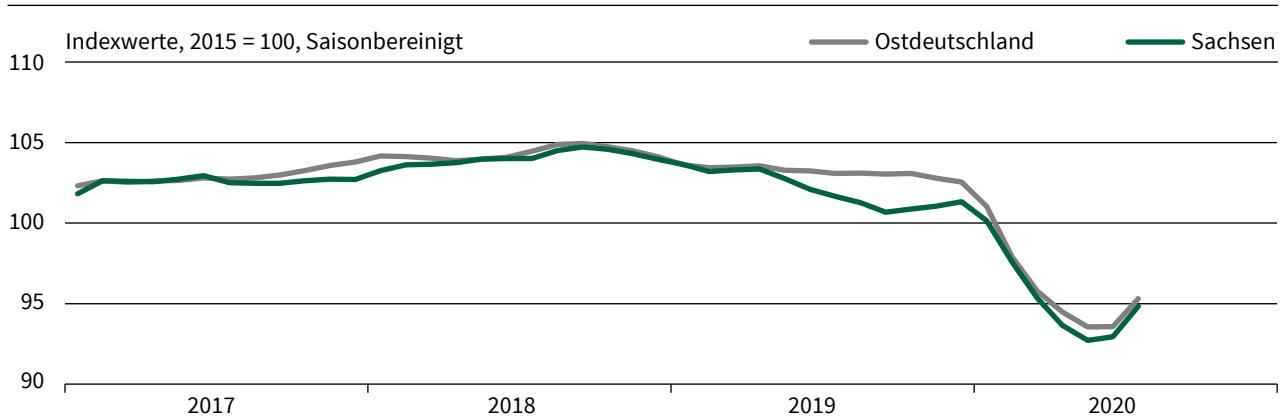
Abb. 2
ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2020.

© ifo Institut

Abb. 3
ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



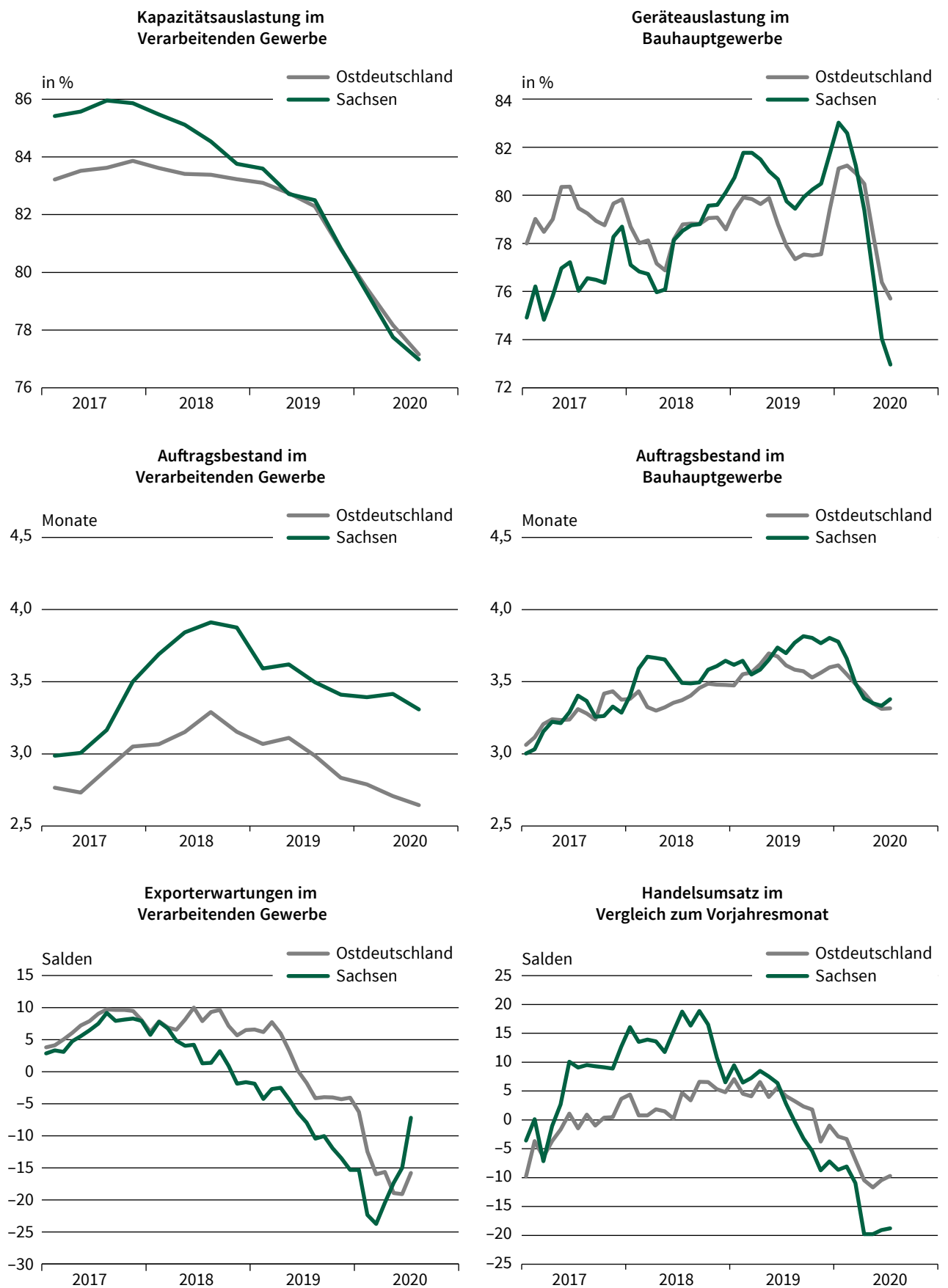
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2020.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus den ifo Konjunkturumfragen für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2020.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

Der für den **3. und 4. September 2020** geplante **10. ifo Dresden Workshop on Regional Economics** wird für dieses Jahr endgültig und ersatzlos abgesagt. Das Team von ifo Dresden freut sich auf eine Neuauflage des Workshops im Jahr 2021.

ifo Veröffentlichungen

Bauer David; Ragnitz, Joachim und Julia Sonnenburg: Tragfähigkeit des sächsischen Haushalts – Eine Projektionsrechnung bis zum Jahr 2030, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, ifo Dresden Studien 85, ifo Institut, München, 2020, ISBN: 978-3-95942-083-9, 66 S.; 15,- Euro.

Die Folgen des demographischen Wandels stellen für den Freistaat Sachsen in den kommenden Jahren eine besondere Herausforderung dar. Aufgrund der zusehends alternden, aber auch rückläufigen Bevölkerung steht mit sinkendem Erwerbspotenzial die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unter massivem Druck. Dies führt zu einem schwächeren Wachstum der öffentlichen Einnahmen. Auf der anderen Seite nehmen die Ausgaben aller Voraussicht nach mit wenig veränderter Dynamik zu. Vor diesem Hintergrund untersuchen wir die Rahmenbedingungen zur Tragfähigkeit des sächsischen Haushalts bis zum Jahr 2030. Im Mittelpunkt der Analysen steht die Fragestellung, welche finanziellen Möglichkeiten sich dem Freistaat bis zum Jahr 2030 bieten, seinen zukünftigen Ausgaben zu begegnen und welche Implikationen sich für einzelne Ausgabenbereiche ergeben.

Die Ergebnisse zeigen auf, dass sich der Freistaat im Jahr 2030 einem Haushaltsdefizit von rund 1,0 Mrd. Euro gegenüberübersieht. Zwar könnten die Gesamteinnahmen in den kommenden Jahren deutlich anwachsen. Jedoch werden die Ausgaben ausgehend vom heutigen Niveau noch stärker steigen. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis vornehmlich auf die fehlende Möglichkeit der Rücklagenentnahme ab 2021, ohne die das Leistungsniveau von 2020 nicht dauerhaft aufrechterhalten werden kann. Für ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis steht der Freistaat somit künftig vor der Herausforderung, fiskalische Einsparpotenziale zu identifizieren und diese auch

politisch durchzusetzen. Möglichkeiten hierzu stellen die Reduktion der Personalausstattung sowie die freiwilligen Ausgaben des Freistaates für Investitionen und Förderung dar.

Die Studie kann als pdf-Datei unter <https://www.ifo.de/publikationen/ifo-dresden-studien> kostenlos heruntergeladen werden.

Knabe, Andreas, Schöb, Ronnie und Marcel Thum (2020), „Alles im grünen Bereich? Prognostizierte und tatsächliche Beschäftigungswirkungen des Mindestlohns“, *oekonomiestimme.org*, 14. Mai 2020.

Knabe, Andreas, Schöb, Ronnie und Marcel Thum (2020), „Prognosen und empirische Befunde: Wie groß ist die Kluft beim Mindestlohn wirklich?“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 21 (1), S. 25-29.

Konrad, Kai A. und Marcel Thum (2020), „The Better Route to Global Tax Coordination: Gradualism or Multilateralism?“, *Canadian Journal of Economics*, im Erscheinen.

Ochsner, Christian und Felix Rösel (2020), „Migrating extremists“, *The Economic Journal*, 130 (628), S. 1 135-1 172.

Ragnitz, Joachim (2020), „Die Deutsche Einheit und ihre Auswirkungen auf die Soziale Marktwirtschaft“, in: Grömling, Michael und Markus Taube (Hrsg.), *Reflexionen zur Sozialen Marktwirtschaft, Eine Festschrift für Wolfgang Quaisser*, Metropolis Verlag, Marburg.

Ragnitz, Joachim (2020), „Die ganz Großen fehlen“, *IHK Wirtschaft Heft 07/2020*, IHK Dresden, S. 18-19.

ifo Vorträge

Ragnitz, Joachim: „**Ist der Kapitalismus am Ende? Folgen der Coronakrise für die deutsche Wirtschaft**“, Webinar der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (zusammen mit Raj Kollmorgen, Hochschule Zittau-Görlitz), **23. Juni 2020**.

Ragnitz, Joachim: „**Eine sozioökonomische Bilanz der deutschen Einheit und die weiteren Perspektiven**“, Vortrag auf der Tagung „70 Jahre Soziale Marktwirtschaft und 30 Jahre Deutsche Wiedervereinigung – Bilanz und Perspektiven des deutschen Modells“ der Akademie für Politische Bildung in Kooperation mit dem ifo Institut, Niederlassung Dresden, **3. und 4. Juli 2020**, Tutzing.

Ragnitz, Joachim: „**Auswirkungen der Coronakrise auf die sächsische Wirtschaft**“, Vortrag anlässlich eines Webinars des Wirtschaftsrats (Landesverband Sachsen), **14. Juli 2020**.

ifo in den Medien (Auswahl)

„ifo-Ökonom Ragnitz befürchtet Pleitewelle im Osten“, Interview mit Joachim Ragnitz in MDR Sachsen, 3. Juni 2020.

„So profitiert ihr vom Konjunkturpaket“, Interview mit Joachim Ragnitz in MDR Jump Feierabendshow, 4. Juni 2020.

„Lohnunterschied zwischen Stadt und Land oft größer als zwischen Ost und West“, Interview mit Marcel Thum in MDR Sachsenspiegel, 17. Juni 2020.

„Warum niedrige Ost-Löhne auch Folgen im Westen haben“, Interview mit Marcel Thum in ARD plusminus, 1. Juli 2020.

„Wie stark trifft die Coronakrise die ostdeutschen Unternehmen?“, Beitrag mit Katharina Heisig in MDR JUMP Die Themen des Tages, 9. Juli 2020.

„Rezession in Ost-Deutschland – Das ifo-Institut sieht vor allen die strukturschwachen Regionen vor Problemem“, Berliner Zeitung, 10. Juli 2020, S. 5.

„ifo sieht Wirtschaft bis Ende 2021 wieder auf ‚Vorkrisenniveau‘“, Freie Presse, 10. Juli 2020, S. 6.

„Einbruch im Osten wie zuletzt 1990 – Dresdner ifo-Institut rechnet nicht damit, dass die neuen Länder glimpflicher durch die Coronakrise kommen“, Neues Deutschland, 10. Juli 2020, S. 12.

Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

